



Wünsche von Familien mit beeinträchtigten Kindern an die Politik – Befragungsergebnisse vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie

Verfasst von:

Dr. Lena Calahorrano

Anja Henk

Dorothea Kugelmeier

Dezember 2021

Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT
Schloss Birlinghoven
53757 Sankt Augustin
Telefon +49 2241 14-3333
Telefax +49 2241 14-3700
info@fit.fraunhofer.de

Ansprechpartnerin
Dr. Lena Calahorrano
Telefon +49 2241 14-3737
[lena.calahorrano@fit.fraunhofer.de](mailto:lana.calahorrano@fit.fraunhofer.de)

Wir danken Dr. Raimund Schmolze-Krahn (Inclusion Technology Lab), Dr. Thorsten Langer (Sozialpädiatrisches Zentrum des Universitätsklinikums Freiburg, welches im Sommer 2021 ebenfalls Familien zu ihrer Betroffenheit von der Corona-Pandemie befragt hat), Prof. Sven Jennessen und Kristin Fellbaum (HU Berlin) sowie Silvia Hartwig (BMFSFJ) für ihre konstruktiven Beiträge zum Entwurf des Fragebogens. Außerdem danken wir zahlreichen Multiplikator:innen für das Weitergeben unseres Umfragelinks, darunter Marcel Globisch (Deutscher Kinderhospizverein e.V., Dr. Klaus Grantner (Landeselternbeirat Bayern), Alexander Groth (Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V.), Sabine Kraft (Bundesverband Kinderhospiz e.V.), Dr. Tobias Mentzel (ELA Deutschland e.V.) und Stefanie Stravoravdis Landeselternschaft der Förder-schulen mit Schwerpunkte geistige Entwicklung e.V. NRW), sowie zahlreichen Verbänden und Selbsthilfegruppen deutschlandweit. Schließlich danken wir Mattis Bös, Judith Herrmann, Lara Loosen und Lisa Adams für ihre Forschungsunterstützung. Insbesondere gilt unser Dank den Eltern und Betreuungspersonen, die sich an der Befragung beteiligt haben.

Inhalt

ZUSAMMENFASSUNG	6
1. EINLEITUNG	8
2. BESCHREIBUNG DER STICHPROBE	9
3. BETROFFENHEIT VON CORONA UND VON MAßNAHMEN ZUR EINDÄMMUNG VON CORONA	14
3.1. BEWERTUNG DER CORONA-MAßNAHMEN	14
3.2. AUSWIRKUNGEN DER CORONA-MAßNAHMEN	17
<i>Ausfall von Schule / Kinderbetreuung und Therapien</i>	<i>18</i>
<i>Auswirkungen des Lockdowns auf Kind und Familie</i>	<i>21</i>
3.3. VERGLEICH MIT FRÜHEREN BEFRAGUNGEN	24
4. WÜNSCHE AN DIE POLITIK	26
4.1. WICHTIGKEIT DER UNTERSCHIEDLICHEN WÜNSCHE	27
4.2. UNTERSCHIEDE IN DEN WÜNSCHEN UNTERSCHIEDLICHER GRUPPEN	30
<i>Nach Charakteristika der Kinder</i>	<i>31</i>
<i>Nach Charakteristika der Familie</i>	<i>37</i>
5. FAZIT	45
LITERATURVERZEICHNIS	48

Tabellen

TABELLE 1: ALTER DER MUTTER.....	10
TABELLE 2: ZAHL DER PERSONEN IM HAUSHALT	11
TABELLE 3: MONATLICHES HAUSHALTSNETTOEINKOMMEN	12
TABELLE 4: ERWERBSTATUS DER MUTTER VOR CORONA.....	13
TABELLE 5: AUSFALL VON SCHULE / KINDERBETREUUNG UND THERAPIEN	19
TABELLE 6: BEDARF DES KINDES.....	21
TABELLE 7: BELASTUNGEN DURCH DEN LETZTEN LOCKDOWN	22
TABELLE 8: AUSWIRKUNGEN DES LETZTEN LOCKDOWNS.....	23
TABELLE 9: WÜNSCHE AN DIE POLITIK.....	28

Abbildungen

ABBILDUNG 1: POLITBAROMETER: BEWERTUNG DER CORONA-MAßNAHMEN IM ZEITRAUM DEZEMBER 2020 BIS MAI 2021	15
ABBILDUNG 2: BEWERTUNG DER CORONA-MAßNAHMEN DURCH UNSERE BEFRAGTEN	16
ABBILDUNG 3: TELEMEDIZINISCHE ANGEBOTE: HÄUFIGKEIT DER KONTAKTE NACH BERUFSGRUPPEN	20
ABBILDUNG 4: BETROFFENHEIT VON DER CORONA-PANDEMIE UND DEN CORONA-MAßNAHMEN IM ZEITVERLAUF	25
ABBILDUNG 5: WÜNSCHE AN DIE POLITIK	29
ABBILDUNG 6: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH ALTER DES BEEINTRÄCHTIGTEN KINDES.....	31
ABBILDUNG 7: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH VERKÜRZTER LEBENSERWARTUNG (JA/NEIN)	32
ABBILDUNG 8: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH ART DER BEEINTRÄCHTIGUNG	33
ABBILDUNG 9: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH AUSFALL VON THERAPIEN.....	36
ABBILDUNG 10: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH EINSCHÄTZUNG, OB DAS KIND IN DER BETREUUNGSEINRICHTUNG GUT GESCHÜTZT IST	36
ABBILDUNG 11: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH MONATLICHEM NETTOHAUSHALTSEINKOMMEN	37
ABBILDUNG 12: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH SOZIALLEISTUNGSBEZUG.....	40
ABBILDUNG 13: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH BERUFLICHEM ABSCHLUSS DER BEFRAGTEN PERSON.....	40
ABBILDUNG 14: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH SCHULABSCHLUSS DER BEFRAGTEN PERSON	41
ABBILDUNG 15: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH MIGRATIONSHINTERGRUND DES HAUSHALTS.....	42
ABBILDUNG 16: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH ALLEINERZIEHEND JA/NEIN	43
ABBILDUNG 17: WÜNSCHE AN DIE POLITIK NACH ERWERBSTÄTIGKEIT	44

Zusammenfassung

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind für Familien mit beeinträchtigten Kindern besonders spürbar, also für Familien, deren Kinder einen besonderen Unterstützungsbedarf haben oder an einer chronischen Erkrankung leiden – körperlich, psychisch oder sozial emotional. Zu diesem Ergebnis kommt eine Reihe von Befragungen, die das Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT gemeinsam mit dem Inclusion Technology Lab Berlin seit dem Frühjahr 2020 durchgeführt hat. Die Ergebnisse der dritten Befragung im Sommer 2021 werden in diesem Bericht vorgestellt.

Auch wenn der zweite Lockdown von Dezember 2020 bis Mai 2021 als etwas weniger belastend empfunden wurde als der erste, haben beeinträchtigte Kinder und Jugendliche nicht nur unter den Schließungen von Betreuungseinrichtungen gelitten, sondern auch unter dem Wegfall von Therapien und auch palliativen Angeboten. 40 Prozent der Befragten berichten von Entwicklungsrückschritten ihrer Kinder. Für die Befragten selbst, in der Regel die Eltern (und in den meisten Fällen die Mütter), war der Lockdown ebenfalls mit enormen Belastungen verbunden. Sie fühlten sich nicht nur durch die Betreuung und Pflege ihrer Kinder überfordert, sondern auch aufgrund einer Zunahme von Konflikten innerhalb der Familie und von Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation. Die Corona-Maßnahmen im zweiten Lockdown bewertet der größte Teil der Befragten als gerade richtig, während es sowohl Personen gibt, die sich härtere Maßnahmen gewünscht hätten, als auch Befragte, denen die Maßnahmen zu weit gingen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in den offen formulierten Wünschen an die Politik: Beim Thema Corona-Maßnahmen geht es teilweise um einen größeren Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen durch eine Impfpflicht für ihre Betreuungspersonen, Impfangebote für diese Kinder (ggf. auch auf Basis von Ausnahmegenehmigungen), eine Beibehaltung von Maskenpflicht und Abstandsregeln, teilweise aber auch um größeres Verständnis dafür, dass sich diese Kinder und Jugendlichen ggf. nicht an Abstandsregeln oder eine Maskenpflicht halten (können). Am häufigsten wurde bei den offen formulierten Wünschen jedoch der Wunsch, *gesehen zu werden*, genannt, der Wunsch nach *Wahrnehmung der besonderen Bedürfnisse von Familien mit beeinträchtigten Kindern*.

Zusätzlich wurde die Bewertung einer Reihe von aus den ersten beiden Befragungen abgeleiteten Wünschen erfragt. Dabei wurden die Wünsche *Weniger Bürokratie / schnellere Bearbeitung von Anträgen auf Unterstützung* und *Mehr Freizeitangebote für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche*

als besonders wichtig bewertet. Insbesondere für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Erleben oder Verhalten stark beeinträchtigt sind, fehlt es offensichtlich an Freizeitangeboten. Der Bericht zur Befragung analysiert außerdem Unterschiede zwischen den Wünschen verschiedener Familien. Während Familien mit hohem sozio-ökonomischem Status relativ wenig finanzielle Unterstützung oder Unterstützung bei der Bereitstellung und Nutzung von Technik, wie sie im Homeschooling genutzt wurde, benötigen, spielen diese Themen für Familien mit niedrigerem sozio-ökonomischem Status eine enorme Rolle.

Ein Vergleich mit den Daten des Sozio-Ökonomischen Panels¹, einer repräsentativen Haushaltsbefragung, in der seit 1984 jährlich etwa 20.000 Haushalte befragt werden, hat außerdem gezeigt, dass Familien mit beeinträchtigten Kindern (trotz der Repräsentativität dieser Haushaltsbefragung in Hinblick auf viele Charakteristika der Gesamtbevölkerung in Deutschland) dort nicht adäquat erfasst sind, weil ihre Zahl relativ klein ist. Insofern leistet unsere Befragung einen wichtigen Beitrag dazu, die Bedarfe dieser Familien genauer zu erfassen und die Ergebnisse der Forschung, der Politik sowie der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen – um so den Familien mit beeinträchtigten Kindern Sichtbarkeit für ihre besondere und schwierige Situation zu verschaffen.

¹ Goebel et al. (2019)

1. Einleitung

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind für Familien mit beeinträchtigten Kindern besonders spürbar, also für Familien, deren Kinder einen besonderen Unterstützungsbedarf haben oder an einer chronischen Erkrankung leiden – körperlich, psychisch oder sozial emotional. Zu diesem Ergebnis kommt eine Reihe von Befragungen, die das Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT gemeinsam mit dem Inclusion Technology Lab Berlin seit dem Frühjahr 2020 durchgeführt hat. Die Ergebnisse der dritten Befragung im Sommer 2021 werden in diesem Bericht vorgestellt.

Der große Leidensdruck von Familien mit beeinträchtigten Kindern zeigte sich in besonderen Maße im Rahmen der ersten Online-Befragung, die das Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT gemeinsam mit dem Inclusion Technology Lab Berlin im Mai 2020 durchgeführt hat und an der sich innerhalb von nur einer Woche knapp 1.800 Betroffene beteiligt haben.² Viele Betroffene berichteten sowohl von Entwicklungsrückschritten der Kinder als auch von einer eigenen Überforderung, da nicht nur Schulen und Kinderbetreuungsreinrichtungen geschlossen waren, sondern zudem auch Therapien und Pflege weggefallen sind und durch die Eltern ersetzt werden mussten.

Die Folgebefragung von FIT und Inclusion Technology Lab Berlin im Spätsommer 2020³ zeigte, dass viele Familien mit beeinträchtigten Kindern trotz der bis dahin erfolgten Lockerungen immer noch enormen Belastungen ausgesetzt waren, bspw. weil auch leichte Atemwegserkrankungen zum Unterrichts- und Kindergartenausschluss sowie zum Ausfall von Therapien führten. Für Familien mit beeinträchtigten Kindern führte dies somit erneut und ggf. wiederkehrend zu einer vergleichbar belastenden Betreuungssituation wie während des ersten Lockdowns. Zudem bewegten die Befragten teilweise weiterhin große Ängste um die Gesundheit ihrer Kinder.

Die in vorliegendem Bericht vorgestellte dritte Befragung, die in der Zeit von 5. Juli 2021 bis 15. Oktober 2021 online war, nimmt retrospektiv den zweiten und bisher längsten Lockdown von Dezember 2020 bis Mai 2021 in den Blick. Familien mit beeinträchtigten Kindern werden erneut

² Siehe Kugelmeier und Schmolze-Krahn (2020a).

³ Siehe Kugelmeier und Schmolze-Krahn (2020b).

zu den Auswirkungen der Pandemie und der damit einhergehenden Maßnahmen auf die beeinträchtigten Kinder und ihre Familien befragt. Darüber hinaus legt die Befragung einen Schwerpunkt auf die Wünsche der betroffenen Familien an die Politik.

2. Beschreibung der Stichprobe

Die Befragung wurde im Zeitraum von Anfang Juli bis Mitte Oktober 2021 durchgeführt. 847 Personen haben mehr als den ersten Fragenblock beantwortet, davon 809 mit beeinträchtigten Kindern unter 18 Jahren im Haushalt. Einige der Befragten hatten beeinträchtigte Kinder unter 18 Jahren, die jedoch nicht im Haushalt leben. 650 Personen haben den Fragebogen bis zum Ende bearbeitet.⁴ Rund 99 Prozent der Befragten waren Eltern oder Pflegeeltern des oder der beeinträchtigten Kinder, die übrigen Befragten waren bezahlte oder unbezahlte Betreuungspersonen. Da keine verlässlichen Zahlen dazu existieren, wie viele Familien mit beeinträchtigten Kindern es gibt, sind Aussagen über die Repräsentativität der Stichprobe nur in begrenztem Maße möglich. Es wurden jedoch sozio-ökonomische Informationen erhoben, mit deren Hilfe ein Vergleich mit dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP) in einigen Aspekten möglich ist. Dieser Vergleich zeigt, dass unsere Stichprobe in Bezug auf den sozio-ökonomischen Status der befragten Familien vermutlich nicht repräsentativ für Deutschland ist, sondern dass sich vermehrt Personen mit hohem sozio-ökonomischen Status an der Befragung beteiligt haben. Es gibt also eine gewisse Stichprobenselektion.

Das SOEP ist eine repräsentative Haushaltsbefragung für Deutschland, für die seit 1984 jährlich mehr als 20.000 Haushalte zu ihrer Lebenssituation befragt werden (siehe Goebel et al., 2019). Sämtliche Auswertungen des SOEP beziehen sich auf die aktuellste verfügbare Befragung aus dem Jahr 2019. Laut SOEP leben in 8 Millionen bzw. in rund 20 Prozent der 41 Millionen Haushalte in Deutschland Kinder unter 18; in knapp 100.000 bzw. in 1,2 Prozent dieser Haushalte leben Kinder, für die irgendeine Art von Beeinträchtigung in den Haushaltsbefragungen erfasst worden ist. Die ungewichtete Zahl der Beobachtungen im SOEP 2019 beträgt 6.647 Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren und davon 80 Haushalte mit Kindern mit einer erfassten Beeinträchtigung. Aufgrund der geringeren Fallzahl von nur 80 Beobachtungen ist nicht davon auszugehen, dass die

⁴ 628 Personen haben die Zusatzfragen zum Impfen beantwortet.

Charakteristika von Haushalten *mit beeinträchtigten Kindern* im SOEP adäquat erfasst sind. Insbesondere werden Beeinträchtigungen nur für Kinder bis zum Alter von 12 Jahren erfragt. Die Charakteristika unserer Befragten werden deshalb im Folgenden sowohl denen aller Haushalte mit Kindern im SOEP als auch denen der Haushalte mit beeinträchtigten Kindern im SOEP gegenübergestellt, um zumindest grob einschätzen zu können, inwieweit Aussagen über Familien mit beeinträchtigten Kindern auf Basis unserer Stichprobe repräsentativ sind.

Da etwa 90 Prozent der Teilnehmenden an unserer Befragung Frauen waren, werden zur besseren Vergleichbarkeit die Charakteristika von Müttern dargestellt. Tabelle 1 zeigt die Verteilung des Alters der Mutter. Tendenziell sind die befragten Mütter etwas älter als die Mütter im SOEP, wobei auch im SOEP die Mütter von beeinträchtigten Kindern etwas älter sind als der Durchschnitt aller Mütter.

Alter der Mutter ((gewichteter) Anteil in Prozent)	unsere Befragung	SOEP, alle Familien	SOEP, Familien mit beeinträchtigten Kindern
< 30 Jahre	2,1 %	7,5 %	0,6 %
30 – 40 Jahre	36,4 %	43,3 %	47,2 %
41 – 50 Jahre	45,1 %	40,3 %	52,2 %
51 – 60 Jahre	15,7 %	8,7 %	0 %
> 60 Jahre	0,7 %	0,3 %	0 %
Zahl der Beobachtungen	568	5.439	70

Tabelle 1: Alter der Mutter

An unserer Befragung haben Personen aus allen Bundesländern außer Bremen teilgenommen. Teilnehmende aus Bayern sind mit fast 30 Prozent deutlich überrepräsentiert,⁵ während die ostdeutschen Bundesländer mit knapp 10 Prozent in Summe unterrepräsentiert sind. Rund ein Drittel der Haushalte mit Kindern und auch der Haushalte mit beeinträchtigten Kindern im SOEP leben

⁵ Dies dürfte damit zu tun haben, dass die Teilnahme an der Befragung durch den Landeselternbeirat Bayern aktiv beworben wurde.

im ländlichen Raum, während nur etwa 23 Prozent unserer Befragten angegeben haben, in Landgemeinden bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner zu leben.

Zahl der Personen im Haushalt ((gewichteter) Anteil in Prozent)	unsere Befragung	SOEP, alle Familien	SOEP, Familien mitbeeinträchtigten Kindern
2	8,0 %	9,0 %	10,0 %
3	30,1 %	35,8 %	28,2 %
4	38,6 %	38,2 %	35,6 %
5 und mehr	22,6 %	17,0 %	26,2 %
Zahl der Beobachtungen	650	6.647	80

Tabelle 2: Zahl der Personen im Haushalt

Tabelle 2 zeigt die Zahl der Personen im Haushalt in unserer Befragung und im SOEP. Am häufigsten sind in beiden Stichproben Haushalte mit vier Personen, gefolgt von Haushalten mit drei Personen. Haushalte mit einer erwachsenen Person und einem Kind machen 8-10 Prozent aus. Der Anteil von Haushalten mit mindestens fünf Personen scheint bei Familien mit beeinträchtigten Kindern etwas höher zu sein. Etwa 18 Prozent der befragten Eltern⁶ haben angegeben, keinen Partner bzw. keine Partnerin im Haushalt zu haben. Bei den Familien im SOEP sind es 19 Prozent und bei den Familien mit beeinträchtigten Kindern knapp 22 Prozent.

Die Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens entspricht in etwa der im SOEP, siehe Tabelle 3. Allerdings ist der Anteil der Befragten, der angegeben hat, Arbeitslosengeld II, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Wohngeld oder den Kinderzuschlag zu erhalten mit 16 Prozent deutlich geringer als bei den Familien mit beeinträchtigten Kindern im SOEP mit rund 23 Prozent, wenn auch höher als im Schnitt über alle Familien im SOEP mit 13 Prozent.

⁶ 640 Beobachtungen

Monatliches (gewichteter) Anteil in Prozent	Haushaltsnettoeinkommen	unsere Befragung	SOEP, alle Familien	SOEP, Familien mitbeeinträchtigten Kindern
< 1.000 Euro		1,4 %	1,1 %	0,5 %
1.000 – 2.000 Euro		12,5 %	11,1 %	13,9 %
2.000 – 3.000 Euro		22,0 %	20,0 %	17,2 %
3.000 – 4.000 Euro		22,8 %	23,2 %	25,7 %
4.000 – 5.000 Euro		19,4 %	17,6 %	15,0 %
> 5.000 Euro		22,0 %	27,1 %	27,8 %
Zahl der Beobachtungen		592	6.647	80

Tabelle 3: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen

Eine relativ deutliche Stichprobenselektion zeigt sich bei der Bildung: Während im SOEP 37 Prozent der Mütter und 28 Prozent der Mütter von beeinträchtigten Kindern Fachhochschulreife oder Abitur haben,⁷ sind es 61 Prozent der von uns befragten Mütter, und während im SOEP 47 Prozent der Mütter und 40 Prozent der Mütter von beeinträchtigten Kindern einen Hochschulabschluss oder Meistertitel haben, sind es 54 Prozent der von uns befragten Mütter⁸. Gebildete Mütter sind also im Vergleich zum SOEP und damit im Vergleich zu Gesamtheit aller Mütter in Deutschland überrepräsentiert. Auch Mütter mit direktem oder indirektem Migrationshintergrund sind in unserer Befragung mit knapp 13 Prozent⁹ unterrepräsentiert. Im SOEP sind es 33 Prozent aller Mütter und 39 Prozent der Mütter von beeinträchtigten Kindern. Wie Tabelle 4 zeigt, haben an unserer Befragung zudem vergleichsweise wenige nicht erwerbstätige Mütter teilgenommen.

⁷ Für diese Angabe gibt es 556 gültige Beobachtungen.

⁸ Für diese Angaben gibt es 543 gültige Beobachtungen.

⁹ Für diese Angaben gibt es 555 gültige Beobachtungen.

Erwerbstatus der Mutter vor Corona ((gewichteter) Anteil in Prozent)	unsere Befragung	SOEP, alle Familien	SOEP, Familien mitbeeinträchtigten Kindern
Vollzeit	12,9 %	20,3 %	8,1 %
Teilzeit	62,7 %	51,4 %	57,4 %
Nicht erwerbstätig	24,4 %	28,4 %	34,5 %
Zahl der Beobachtungen	550	5.455	70

Tabelle 4: Erwerbstatus der Mutter vor Corona

Bei der Interpretation der Erkenntnisse aus unserer Befragung sollte deshalb im Hinterkopf behalten werden, dass Familien mit niedrigem sozio-ökonomischem Status eher unterrepräsentiert sind. Grund dafür kann sein, dass die Teilnahme für einige Personen dadurch erschwert wurde, dass der Fragebogen nicht in leichter Sprache, nur auf Deutsch und auch nur online verfügbar war. Außerdem kommt hier vermutlich zum Tragen, dass Personen mit hohem sozio-ökonomischem Status häufig ihre Interessen besser vertreten können und sich eher an freiwilligen Befragungen beteiligen.¹⁰ Deshalb wird in den folgenden Kapiteln auch untersucht, ob sich die Aussagen der Befragten nach sozio-ökonomischem Status unterscheiden.

Der Vergleich mit dem SOEP zeigt außerdem, dass solche Befragungen wie die von uns durchgeführte notwendig sind, um die besonderen Bedarfe von Familien mit beeinträchtigten Kindern darstellen zu können. Denn im SOEP sind diese Familien nur in so kleiner Zahl vorhanden, dass statistische Auswertungen kaum sinnvoll möglich sind.¹¹

¹⁰ Siehe bspw. Heckman und Landersø (2021), die auf S. 2 den sogenannten „Matthäus-Effekt“ schildern.

¹¹ Anders ist das bspw. bei Personen mit sehr hohen Einkommen oder mit Fluchthintergrund. Da diese Bevölkerungsgruppen ebenfalls relativ klein sind, sind sie im SOEP gezielt überrepräsentiert, also in ausreichender Anzahl vorhanden. Sie haben dementsprechend kleine Gewichtungsfaktoren, um Hochrechnungen auf die Gesamtbevölkerung nicht zu verzerren.

3. Betroffenheit von Corona und von Maßnahmen zur Eindämmung von Corona

Der erste große Schwerpunkt der Befragung war die Betroffenheit von Familien mit beeinträchtigten Kindern von der Corona-Pandemie und insbesondere von den unterschiedlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im bisher längsten Lockdown von Dezember 2020 bis Mai 2021. Unsere erste Befragung fand bereits im Frühjahr 2020 statt, eine zweite folgte im Spätsommer 2020. In unserer dritten Befragung im Sommer 2021 haben wir zum ersten Mal auch explizit nach der Bewertung der Corona-Maßnahmen gefragt. Nachfolgend wird gezeigt, wie die Betroffenen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eingeschätzt haben, welche Auswirkungen die Maßnahmen auf die Teilnehmenden der aktuellen Befragung hatten, und wie sich die Auswirkungen der Maßnahmen über die Befragungen hinweg verändert haben.

3.1. Bewertung der Corona-Maßnahmen

Um herauszufinden, wie Familien mit beeinträchtigten Kindern die Corona-Maßnahmen bewerten, wurde in der aktuellen Erhebung die gleiche Frage gestellt, die auch beim Politbarometer regelmäßig gestellt wird. Das Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2021) ermittelt in repräsentativen Umfragen Einstellungen zu aktuellen Ereignissen in der Politik, zu Parteien und zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen. Während beim Politbarometer mit folgender Frage nach den jeweils aktuellen Corona-Maßnahmen gefragt wird:

Die aktuell geltenden Corona-Maßnahmen ...

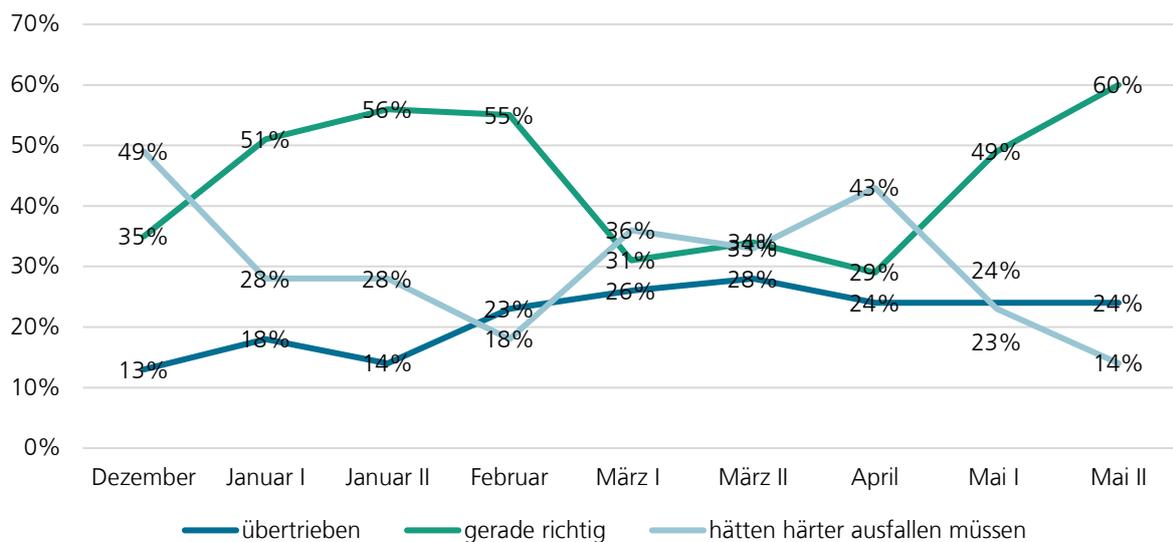
- *sind übertrieben*
- *sind gerade richtig*
- *müssten härter ausfallen,*

haben wir nach den *im Zeitraum Dezember 2020 bis Mai 2021 geltenden* Maßnahmen gefragt. Die Ergebnisse des Politbarometers für den Zeitraum Dezember 2020 bis Mai 2021 werden mit den Ergebnissen unserer Befragung verglichen.

In der nachfolgenden Abbildung 1 werden die Angaben der Befragten des Politbarometers hinsichtlich der Corona-Maßnahmen im Zeitraum von Dezember 2020 bis Mai 2021 dargestellt. Im dargestellten Zeitraum gab es große Schwankungen. Im Januar und Februar und auch wieder im Mai fand die Mehrheit der Befragten die Maßnahmen gerade richtig, während sich im März und

April ein größerer Anteil für härtere Maßnahmen aussprach. Im gesamten Zeitraum hielten jedoch auch mindestens 13 Prozent die Maßnahmen für übertrieben; in der zweiten Märzhälfte sogar 28 Prozent. Die jeweils fehlenden 2 bis 4 Prozent der Befragten haben keine gültigen Angaben gemacht. Im Durchschnitt¹² hielten im Zeitraum Dezember 2020 bis Mai 2021 21 Prozent *derjenigen, die die Maßnahmen bewertet haben*, sie für übertrieben, 46 Prozent für gerade richtig und 33 Prozent für nicht hart genug.

Abbildung 1: Politbarometer: Bewertung der Corona-Maßnahmen im Zeitraum Dezember 2020 bis Mai 2021



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2021)

73 Prozent unserer Befragten haben die Corona-Maßnahmen im Zeitraum Dezember 2020 bis Mai 2021 ebenfalls bewertet. Davon hielten 27 Prozent die Maßnahmen für übertrieben, 40 Prozent für gerade richtig, und 33 Prozent waren der Meinung, die Maßnahmen hätten härter ausfallen müssen. **In unserer Befragung ist der Anteil, der die Maßnahmen für genau richtig gehalten hat, also etwas niedriger, während der Anteil, der die Maßnahmen für übertrieben gehalten hat, etwas höher ist als in der repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Politbarometers.**¹³ Allerdings wurden unsere Befragten rückblickend befragt. Deshalb bleibt

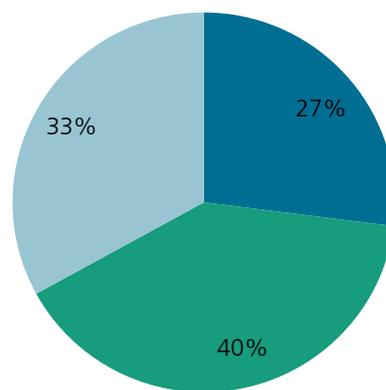
¹² Monate mit zwei Befragungen wurden nur halb so stark gewichtet wie Monate mit nur einer Befragung.

¹³ In der ersten Befragung im Frühjahr haben wir auch nach der Bewertung der ersten Lockerungen gefragt. Damals waren 52 Prozent der Meinung, die Lockerungen waren übertrieben. Hierfür liegen jedoch keine Vergleichswerte aus dem Politbarometer vor.

unklar, ob die beobachteten Unterschiede auf Unterschiede in der Bewertung oder auf den unterschiedlichen Befragungszeitpunkt zurückzuführen sind. **Zudem bleibt festzuhalten, dass in beiden Befragungen, dem Politbarometer und unserer Befragung der größte Teil die Maßnahmen als gerade richtig bewertet, während es sowohl Personen gibt, die sich härtere Maßnahmen gewünscht hätten als auch Befragte, denen die Maßnahmen zu weit gingen.** Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den offenen Antworten zu Wünschen an die Politik, siehe Kapitel 4.1

Abbildung 2: Bewertung der Corona-Maßnahmen durch unsere Befragten

■ übertrieben ■ gerade richtig ■ hätten härter ausfallen müssen



In diesem Zusammenhang spielt auch die Betroffenheit von Corona eine Rolle. 17 Prozent der Befragten gaben an, dass aus ihrer Familie bereits jemand an Covid-19 erkrankt ist. Davon gaben 25 Prozent an, dass die betroffene Person im Krankenhaus behandelt werden musste, und 14 Prozent, dass die betroffene Person gestorben ist. Dies entspricht 14 Befragten, aus deren Umfeld jemand an Covid-19 gestorben ist. Auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu) gaben 62 Prozent an, in Sorge zu sein, dass jemand aus der Familie erkranken könnte. Immerhin 56 Prozent sahen sich und ihre Familie durch die im zweiten Lockdown getroffenen Maßnahmen gut geschützt. Gleichzeitig sahen nur 45 Prozent derjenigen, für die diese Frage relevant war, ihr beeinträchtigtes Kind in der jeweiligen Bildungseinrichtung gut geschützt. Auch zum Thema Impfen hat sich mit 628 Personen ein Großteil der Befragten geäußert. Generell war die Zustimmung zum Impfen eher hoch. 89 Prozent derjenigen, die die Fragen zum Impfen beantwortet haben, gaben

an, geimpft zu sein; außerdem waren rund 29 Prozent der beeinträchtigten Kinder geimpft, darunter auch einige Kinder unter 12 Jahren. Gleichzeitig gaben nur etwa 79 Prozent an, ihr Partner oder ihre Partnerin seien geimpft.

3.2. Auswirkungen der Corona-Maßnahmen

Die erste Befragung im Mai 2020 kam zu dem Ergebnis, dass sich der erste Lockdown für Familien mit beeinträchtigten Kindern als besondere Herausforderung erwiesen hat, da oft nicht nur die Betreuung der Kinder weggefallen ist, sondern auch Therapie oder Pflege. Außerdem hat sich gezeigt, dass sich Kontaktbeschränkungen und Schließungen professioneller Betreuungsangebote teilweise negativ auf die Entwicklung der Kinder ausgewirkt haben, siehe Kugelmeier und Schmolze-Krahn (2020a). Ein weiteres Schwerpunktthema war die Bewertung digitaler Lernangebote. Hier zeigte sich: „Während ein Teil der Kinder und Jugendlichen von den digitalen Lernangeboten und dem Home Schooling profitieren, zeigen die Erfahrungen anderer Eltern, dass genau diese Lernangebote für einige beeinträchtigte Kinder nicht geeignet sind, um Entwicklungs- und Lernfortschritte zu erzielen.“ Die zweite Befragung hat sowohl rückblickend die Zeit des ersten Lockdowns betrachtet als auch mögliche Erleichterungen durch Lockerungen der Corona-Maßnahmen bis zum Spätsommer 2020. Sie kam zu dem Fazit: „[...] Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen sowie ihre Familien erlebten keine erhebliche Verbesserung ihrer Lage. Neben der anhaltenden Sorge vor einer risikoreichen Ansteckung belasteten die Betroffenen vor allem der lückenhafte Therapiebetrieb sowie die unzureichenden betreuenden Unterstützungsmaßnahmen.“, siehe Kugelmeier und Schmolze-Krahn (2020b).

In der vorliegenden Befragung ging es um die Situation der Familien mit beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen im bisher längsten Corona-Lockdown von Dezember 2020 bis Mai 2021 und um ihre Wünsche an die Politik, die in Kapitel 4 thematisiert werden. Wenn im Folgenden von „Kindern“ die Rede ist, sind immer Kinder mit irgendeiner Art von (diagnostizierter oder von den Eltern wahrgenommener) Beeinträchtigung oder einem erhöhten Förderbedarf gemeint. Außerdem haben wir Eltern mit mehreren beeinträchtigten Kindern gebeten, bei unterschiedlichen Bedarfen die Fragen jeweils für das jüngste Kind zu beantworten.

Ausfall von Schule / Kinderbetreuung und Therapien

Die Corona-Maßnahmen im Zeitraum Dezember 2020 bis Mai 2021 wirkten sich wenig überraschend negativ auf den Besuch von Schulen, Kindertagesstätten und anderen Betreuungseinrichtungen aus. Die beeinträchtigten Kinder der befragten Familien, die normalerweise eine Schule, Kita oder ähnliche Betreuungseinrichtung besuchen, konnten diese meist nur in eingeschränktem Maße besuchen (51 Prozent). Lediglich 11 Prozent konnten die Kita oder Schule normal besuchen, während für 38 Prozent der Kinder und Jugendlichen kein Besuch möglich war. Unter diesen Ausfällen haben 62 Prozent der Kinder den Angaben ihrer Eltern zufolge gelitten. Die Angst vor einer Ansteckung des Kindes an Corona sorgte dafür, dass 59 Prozent der Betroffenen den Besuch ihrer Kinder während des Lockdowns in einer Schule oder Betreuungseinrichtung ständig (22 Prozent) oder teilweise (37 Prozent) vermieden. Gleichzeitig gaben 76 Prozent der betroffenen Familien an, dass es das Angebot einer Notbetreuung gab. Davon nahmen 48 Prozent das Angebot der Notbetreuung in Anspruch, d.h. dass insgesamt 36 Prozent der Familien, deren Kinder normalerweise eine Schule oder Betreuungseinrichtung besuchen, eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben.

Auch die Inanspruchnahme medizinischer und therapeutischer Angebote war im letzten Lockdown reduziert. So gaben 21 Prozent der Befragten an, dass ihr Kind solche Angebote nicht in Anspruch nehmen konnte. 59 Prozent der Kinder der befragten Eltern konnten die Angebote nur in eingeschränktem Maße in Anspruch nehmen. Lediglich 20 Prozent gaben an, dass die Kinder medizinische oder therapeutische Angebote weiterhin normal in Anspruch nehmen konnten. Unter dem Ausfall der Angebote haben 64 Prozent der Kinder gelitten. Auch hospizliche oder palliative Angebote konnten während des Lockdowns nur eingeschränkt (59 Prozent) oder gar nicht (20 Prozent) in Anspruch genommen werden. Lediglich 20 Prozent der Betroffenen konnten die Angebote weiterhin normal in Anspruch nehmen. 55 Prozent der Eltern gaben an, dass ihre Kinder unter dem Ausfall oder der beschränkten Teilnahme an hospizlichen oder palliativen Angeboten gelitten haben.

79 Prozent derjenigen, die normalerweise Unterstützung durch Familie oder Freund:innen erhalten, haben zudem angegeben, dass diese Unterstützung nicht oder nur in geringerem Maße stattgefunden hat. 5 Prozent haben angegeben, dass sie vermehrte Unterstützung erhalten haben. 60 Prozent der betroffenen Kinder haben den Angaben ihrer Eltern zufolge unter der veränderten Unterstützung gelitten. 74 Prozent der Befragten hätten sich mehr Unterstützung gewünscht, während 5 Prozent die Unterstützung zu viel war. Tabelle 5 fasst die Angaben der Befragten zum

Ausfall von Betreuung, Therapien, palliativen Angeboten und zur Unterstützung durch Familie oder Freund:innen zusammen.

Anteil in Prozent der jeweils gültigen Antworten	Normalerweise genutzt	Gar nicht oder in geringerem Maße genutzt	Notbetreuung genutzt	Besuch aus Angst vor Ansteckung ständig vermieden	Kind hat unter dem Ausfall gelitten
Schule / Kita / Betreuungseinrichtung	94,9 %	89,2 %	36,2 %	19,8 %	61,9 %
Zahl der Beobachtungen	791	770	733	752	666
Therapien	81,6 %	79,5 %			63,9 %
Zahl der Beobachtungen	769	679			535
Hospizliche / palliative Angebote	23,4 %	79,6 %			55,3 %
Zahl der Beobachtungen	248	49			38
Unterstützung durch Familie / Freund:innen	48,4 %	79,0 %			60,2 %
Zahl der Beobachtungen	705	680			532

Tabelle 5: Ausfall von Schule / Kinderbetreuung und Therapien

Der Ausfall von Therapien und medizinischen Angeboten konnte teilweise durch telemedizinische Angebote ausgeglichen werden. Damit sind beispielsweise Telefon- oder Videosprechstunden gemeint. 23 Prozent der Eltern gaben an, dass sie telemedizinische Angebote seit Beginn der Corona-Pandemie in Anspruch genommen haben. Rund die Hälfte derjenigen, die telemedizinische Angebote genutzt haben, haben dies ein- oder zweimal getan, etwa 23 Prozent jedoch auch zehn Mal und mehr. Die meisten Teilnehmenden (38 Prozent) gaben an, dabei vor allem telemedizinische Angebote bei Therapeut:innen in Bereichen wie Ergotherapie, Logopädie oder Physiotherapie in Anspruch genommen zu haben. 23 Prozent gaben an, pädiatrische Fachärzt:innen oder Kinderärzt:innen mit Spezialisierungen telemedizinisch konsultiert zu haben. Weiterhin wurden auch telemedizinische Angebote anderer Berufsgruppen wie Hausärzt:innen und Kinderärzt:innen (18 Prozent) in Anspruch genommen. Eine vollständige Auflistung der Berufsgruppen,

deren telemedizinische Angebote die Eltern genutzt haben, findet sich in Abbildung 3. Die Zufriedenheit der betroffenen Familien mit den *verfügbaren*, jedoch nicht unbedingt genutzten telemedizinischen Angeboten während des letzten Lockdowns war unterschiedlich verteilt. 46 Prozent waren mit den Angeboten nicht zufrieden, 25 Prozent war weder zufrieden noch unzufrieden und 29 Prozent waren zufrieden. Mit den *genutzten* telemedizinischen Angeboten waren 59 Prozent der Eltern zufrieden und lediglich 15 Prozent unzufrieden.

Abbildung 3: Telemedizinische Angebote: Häufigkeit der Kontakte nach Berufsgruppen



Der Anteil der betroffenen Befragten, der angab, dass die Angebote während des letzten Lockdowns dem Bedarf des Kindes entsprachen, ist in Tabelle 6 zusammengefasst. Bei der medizinischen Versorgung war er mit 36 Prozent am höchsten, bei allen anderen abgefragten Kategorien entsprach er weniger als 25 Prozent.

Auch im zweiten Lockdown von Dezember 2020 bis Mai 2021 war für viele Kinder also nicht nur der Besuch von Schule oder Betreuungsreinrichtung nicht möglich und die Unterstützung von Familien durch Familie und Freund:innen reduziert, sondern auch die Teilnahme an Therapien und sogar palliativen Angeboten. Besonders stark haben die Kinder ihren Eltern zufolge unter dem Ausfall von Therapien gelitten. Der Unterschied zu den Angaben

der Eltern zu den Auswirkungen des Ausfalls von Unterricht oder Betreuung bspw. ist jedoch nicht statistisch signifikant. D.h. Ausfällen in allen der genannten Bereiche (Betreuung, palliative Angebote, Unterstützung aus dem privaten Bereich) waren für manche Kinder besonders hart. Gleichzeitig war der Anteil der Befragten, der den *Bedarf* des Kindes erfüllt sah, im Hinblick auf die medizinische Versorgung und auf die Versorgung durch Therapeut:innen mit rund einem Drittel immer noch höher als im Hinblick auf andere Dinge wie die schulische Förderung, und dieser Unterschied ist statistisch signifikant.

Angebote im Lockdown entsprachen dem Bedarf des Kindes (Anteil 4 und 5, auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu,) in Prozent der jeweils gültigen Antworten)

Pädagogische / schulische Förderung	24,9 %
Zahl der Beobachtungen	623
Medizinische Versorgung / Versorgung durch Therapeut:innen (z.B. Physiotherapie, Ergotherapie etc.)	35,6 %
Zahl der Beobachtungen	613
Medizinische/pflegerische Unterstützung zu Hause	26,0 %
Zahl der Beobachtungen	366
Hospizliche oder palliative Angebote	22,0 %
Zahl der Beobachtungen	150
Telemedizinische Angebote	24,8 %
Zahl der Beobachtungen	250

Tabelle 6: Bedarf des Kindes

Auswirkungen des Lockdowns auf Kind und Familie

Wir haben in unserer Befragung erfasst, wie belastend die Einschränkungen durch den letzten Lockdown insgesamt für die beeinträchtigten Kinder, Eltern und Geschwister waren. Außerdem haben wir Auswirkungen auf die Entwicklung und das Wohlbefinden abgefragt, auf Konflikte in der Familie und auf eine mögliche empfundene Überforderung der Befragten durch die Betreuung der Kinder. Schließlich haben wir erfragt, wie sich die Corona-Pandemie insgesamt auf die wirtschaftliche Situation der Familie ausgewirkt hat.

Tabelle 7 fasst die Belastungen durch die Einschränkungen zusammen. Insgesamt empfinden die Befragten die eigene Belastung als am stärksten, gefolgt von der von Partner:in (falls vorhanden). Auch Geschwisterkinder (falls vorhanden) sehen sie als stärker belastet als das beeinträchtigte Kind. Alle diese Unterschiede sind statistisch signifikant. Aber auch in Bezug auf ihr beeinträchtigtes Kind, bzw. auf ihr jüngstes beeinträchtigtes Kind im Fall von mehreren beeinträchtigten Kindern, bewerten 54 Prozent die Einschränkungen auf einer Skala von 1 (gar nicht belastend) bis 5 (sehr belastend) mit 4 oder 5. Dass die Partner:innen als weniger belastet eingeschätzt werden, kann dafür sprechen, dass sich insbesondere Personen mit hohem Leidensdruck, häufig die Mütter, an der Befragung beteiligt haben.

Belastungen (Anteil 4 und 5, auf einer Skala von 1 (gar nicht belastend) bis 5 (sehr belastend,) in Prozent der jeweils gültigen Antworten)	
Für das beeinträchtigte Kind	53,9 %
Zahl der Beobachtungen	675
Für Geschwisterkinder	57,7 %
Zahl der Beobachtungen	668
Für die Befragten selbst	78,7 %
Zahl der Beobachtungen	602
Für den anderen Elternteil	68,8 %
Zahl der Beobachtungen	549

Tabelle 7: Belastungen durch den letzten Lockdown

Tabelle 8 fasst die Auswirkungen des letzten Lockdowns zusammen. Während immerhin 14 Prozent der Befragten angegeben haben, der letzte Lockdown hätte Fortschritte in der Entwicklung ihres Kindes bewirkt, berichteten 40 Prozent von Rückschritten. Auch in Hinblick auf das Wohlbefinden des Kindes war der Anteil, der positive Auswirkungen beobachtet hat, mit 18 Prozent deutlich geringer als der Anteil, der negative Auswirkungen beobachtet hat, mit 57 Prozent. Negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden sind also nicht äquivalent zu Rückschritten in der Entwicklung. Trotzdem erscheint der Anteil, der von Entwicklungsrückschritten berichtet hat, mit 40 Prozent sehr hoch. Etwa die Hälfte der Befragten berichtet zusätzlich von einer Zunahme von Konflikten innerhalb der Familie und ebenfalls etwa die Hälfte fühlte sich im letzten Lockdown speziell mit der Betreuung überfordert. Bei fast einem Viertel (22 Prozent) hat sich die wirtschaftliche

Situation seit Beginn der Pandemie verschlechtert, und mehr als ein Viertel (26 Prozent) gaben an, sich seit Beginn der Pandemie Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation gemacht zu haben.

Auswirkungen (in Prozent der jeweils gültigen Antworten)	
<i>Rückschritte</i> in der Entwicklung des Kindes (Anteil 1 und 2 auf einer Skala von 1 (deutliche Rückschritte) bis 5 (deutliche Fortschritte))	40,3 %
Zahl der Beobachtungen	655
<i>Fortschritte</i> in der Entwicklung des Kindes (Anteil 4 und 5 auf einer Skala von 1 (deutliche Rückschritte) bis 5 (deutliche Fortschritte))	13,6 %
Zahl der Beobachtungen	655
<i>Positive</i> Auswirkungen auf das Wohlbefinden des Kindes (Anteil 4 und 5 auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu))	18,4 %
Zahl der Beobachtungen	640
<i>Negative</i> Auswirkungen auf das Wohlbefinden des Kindes (Anteil 4 und 5 auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu))	56,8 %
Zahl der Beobachtungen	618
Zunahme von Konflikten innerhalb der Familie (Anteil 4 und 5 auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu))	51,1 %
Zahl der Beobachtungen	681
Überforderung durch die Betreuung des Kindes (Anteil 4 und 5 auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu))	49,9 %
Zahl der Beobachtungen	688
Wirtschaftliche Situation hat sich seit Beginn der Pandemie verschlechtert (Anteil 4 und 5 auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu))	21,9 %
Zahl der Beobachtungen	666
Sorgen um wirtschaftliche Situation haben seit Beginn der Pandemie zugenommen (Anteil 4 und 5 auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 5 (trifft voll zu))	25,7 %
Zahl der Beobachtungen	669

Tabelle 8: Auswirkungen des letzten Lockdowns

Die Befragten empfanden die Einschränkungen im letzten Lockdown also überwiegend als belastend, sowohl für sich selbst als auch für Partner:in und alle Kinder, wobei die eigene Belastung im Durchschnitt als am stärksten wahrgenommen wurde. Letzteres ist nur zum Teil auf eine Überforderung durch die Kinderbetreuung zurückzuführen. Die

Befragten berichten auch von einer Zunahme von Konflikten innerhalb der Familie und rund ein Viertel auch von Sorgen um die wirtschaftliche Situation des eigenen Haushalts. Deutlich mehr als die Hälfte berichtet negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden des beeinträchtigten Kindes und 40 Prozent berichten sogar von Rückschritten in der Entwicklung.

3.3. Vergleich mit früheren Befragungen

In diesem Abschnitt geht es um den Vergleich der Ergebnisse identischer Fragestellungen aus unserer aktuellen Befragung mit denen der beiden vorangegangenen Befragungen im Frühjahr 2020 und im Spätsommer 2020. Während die erste Befragung noch während des ersten Lockdowns im Mai 2020 stattgefunden hat, wurde in der zweiten Befragung ebenfalls *rückblickend* nach dem ersten Lockdown gefragt, also zu einem Zeitpunkt, zu dem die meisten Beschränkungen aufgehoben waren. Zusätzlich wurde nach der aktuellen Situation im Spätsommer 2020 und nach der Bewertung der Lockerungen gefragt. Die Fragen zu den Lockerungen sind jedoch mit den Fragen aus den anderen beiden Befragungen nicht direkt vergleichbar. In der dritten Befragung haben wir ebenfalls *rückblickend* danach gefragt, wie sich der erneute Lockdown im Zeitraum Dezember 2020 bis Mai 2021 auf die Familiensituation und das beeinträchtigte Kind ausgewirkt hat. Eine Ausnahme stellen die Fragen nach der wirtschaftlichen Situation des Haushalts dar. Hier wurde in jeder Befragung die gesamte Zeit seit Beginn der Corona-Pandemie in den Blick genommen. Im Folgenden werden jene Aspekte betrachtet, die in allen drei Befragungen untersucht wurden.¹⁴

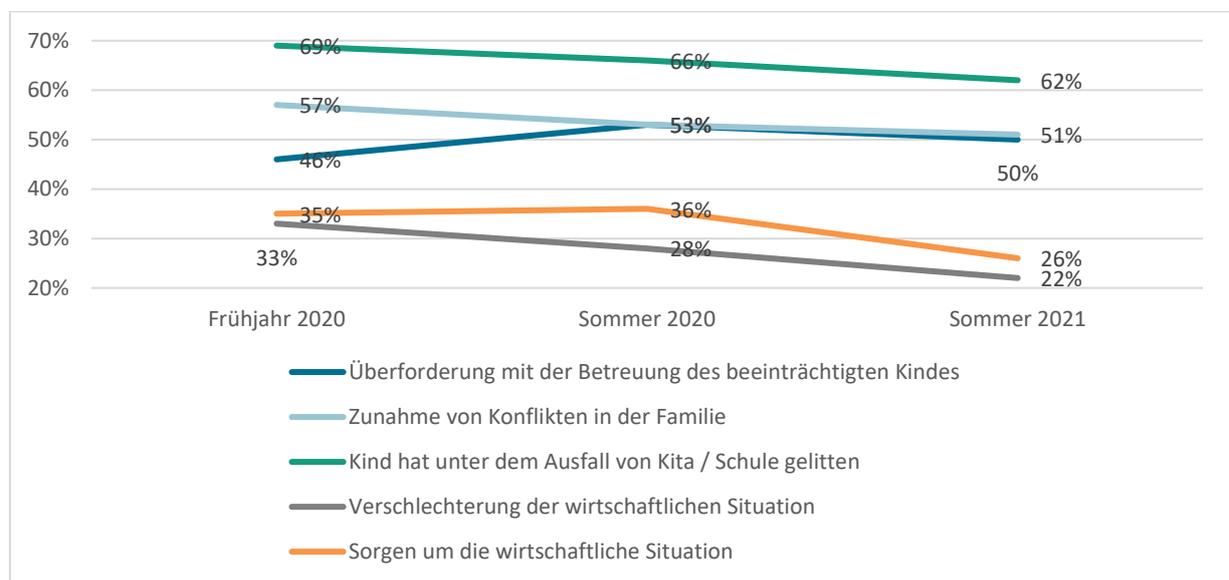
Bei der ersten Untersuchung sollten die Fragen auf einer Skala von 1 (*nein*) bis 4 (*ja*) beantwortet werden, wobei die Werte 2 für *eher nein* und 3 für *eher ja* standen. In der zweiten und in der aktuellen Befragung wurden die Fragen auf einer Skala von 1 (*trifft nicht zu*) bis 5 (*trifft voll zu*) abgefragt. Um die Antworten annähernd vergleichbar zu machen, wurden die Anteile mit den Werten 3 (*eher ja*) und 4 (*ja*) in der ersten Befragung und die Anteile mit den Werten 4 und 5 (*trifft voll zu*) in den anderen beiden Erhebungen jeweils aufaddiert. Die folgende Abbildung 4 zeigt dementsprechend den Anteil der Befragten, der sich zustimmend zu den jeweiligen Aussagen geäußert hat. Die Abbildung zeigt die Betroffenheit von der Corona-Pandemie und den

¹⁴ Da die Antwortskala zwischen der ersten und der zweiten Befragung umgestellt wurde, wären Tests auf statistische Signifikanz von Unterschieden nur im Vergleich der zweiten und dritten Befragung sinnvoll durchführbar.

Corona-Maßnahmen im Zeitverlauf, also über die drei Befragungszeitpunkte hinweg. Dabei werden folgende Auswirkungen unterschieden:

- Die Überforderung mit der Betreuung des beeinträchtigten Kindes
- Die Zunahme von Konflikten in der Familie
- Ob das beeinträchtigte Kind unter dem Ausfall der Betreuungsmöglichkeiten in Kita oder Schule gelitten hat (falls zutreffend)
- Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation
- Die Sorgen um die wirtschaftliche Situation

Abbildung 4: Betroffenheit von der Corona-Pandemie und den Corona-Maßnahmen im Zeitverlauf



Es zeigt sich, dass die Betroffenheit im Zeitverlauf tendenziell abgenommen hat. Allerdings ist interessanterweise die Bewertung der Überforderung durch die Betreuungssituation zwischen der ersten und der zweiten Befragung, die rückblickend den gesamten ersten Lockdown abbildet, angestiegen. Auch der Anteil der jeweils Befragten, der angegeben hat, dass sich die wirtschaftliche Situation des eigenen Haushalts verschlechtert hat, war im Spätsommer 2020 am größten. Dies spiegelt die tatsächliche Entwicklung der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 in Deutschland wider: Während der (preisbereinigte) *Rückgang* des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal betrug, waren es im zweiten Quartal 11,3 Prozent und im dritten Quartal 3,6 Prozent. Ab dem zweiten Quartal 2021 hat die Wirtschaftsleistung dann wieder zugenommen, siehe Statistisches Bundesamt (2021).

Zudem zeigt die Abbildung, dass die Kinder selbst mit über 60 Prozent zu allen Zeitpunkten am stärksten betroffen waren. Dennoch fühlte sich mehr als die Hälfte der befragten Eltern überfordert, und mehr als die Hälfte berichteten von einer Zunahme von Konflikten in der Familie. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation hat insbesondere einzelne Branchen getroffen, und demnach nur einen Teil der Befragten. Die Abbildung zeigt aber auch, dass sich deutlich mehr Befragte Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen, als bis zum jeweiligen Zeitpunkt betroffen waren.

Der Vergleich der verschiedenen Befragungen lässt also vermuten, dass die Belastungen im ersten Lockdown höher waren als im zweiten Lockdown, obwohl dieser länger gedauert hat. Dies mag daran liegen, dass der zweite Lockdown nicht so überraschend kam wie der erste. Allerdings war der Anteil der Befragten, der sich mit der Kinderbetreuung überfordert gefühlt hat, der ersten Umfrage im Mai 2020 zufolge noch geringer als zu den späteren Zeitpunkten.

4. Wünsche an die Politik

In einem weiteren Abschnitt der Befragung ging es um die Bedürfnisse und Wünsche der befragten Familien. Konkret haben wir formuliert:

Auf Basis der Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie würde ich mir von der Politik für die Zukunft meines beeinträchtigten Kindes wünschen ...

Basierend auf den Erkenntnissen aus den beiden vorangehenden Befragungen, wurde die Wichtigkeit von 17 unterschiedlichen Vorschlägen abgefragt, jeweils auf einer Skala von 1 (*trifft nicht zu*) bis 5 (*trifft voll zu*). Zusätzlich wurde in einer offenen Frage nach weiteren Wünschen gefragt. Im folgenden Abschnitt werden die unterschiedlichen Wünsche und die Bewertung ihrer Wichtigkeit beschrieben. Im nächsten Abschnitt wird dann untersucht, ob sich diese Bewertungen für unterschiedliche Gruppen von Befragten unterscheiden.

4.1. Wichtigkeit der unterschiedlichen Wünsche

Die folgende Tabelle 9 listet alle 17 abgefragten Wünsche auf. Zur besseren Veranschaulichung der Unterschiede wurden die Vorschläge in der Tabelle nach dem durchschnittlichen Zustimmungswert sortiert. In den folgenden Abbildungen sind die Vorschläge dagegen der Einfachheit halber in der Reihenfolge dargestellt, in der wir sie abgefragt haben.

Wie Tabelle 9 zeigt, wurden alle der genannten Vorschläge als wichtig erachtet, denn bei allen Vorschlägen war die häufigste Antwort (der „Modus“) der Wert 5 (*trifft voll zu*). Auch der Median liegt bei allen Vorschlägen bei 5, was bedeutet, dass mindestens die Hälfte der Befragten die Antwortkategorie *trifft voll zu* gewählt hat. Einzige Ausnahme ist der Vorschlag *Unterstützung beim Einsatz von Technik*, wo der Median bei 4 liegt. Beim Mittelwert, d.h. beim durchschnittlichen Wert, gibt es jedoch durchaus Unterschiede. Gleichzeitig wurden nicht alle Vorschläge von allen Befragten bewertet, bspw. haben sich zum Vorschlag *Ausbau von Wohneinrichtungen für beeinträchtigte Kinder und Jugendliche* nur 475 Befragte geäußert, während dies beim Vorschlag *Individuelle Begleitung / Unterstützung / Therapie des Kindes (ggf. auch zu Hause)* 624 Befragte getan haben. Die Zahl der gültigen Antworten wird zusätzlich aufgeführt.

Der wichtigste Wunsch an die Politik ist der **Abbau von Bürokratie bei der Bearbeitung von Anträgen auf Unterstützung bzw. eine schnellere Bearbeitung solcher Anträge**. Mit 615 Befragten hat sich zudem ein hoher Anteil zu diesem Vorschlag geäußert. Danach folgen die Vorschläge

- *Mehr Freizeitangebote für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche,*
- *Zusätzliche Erholungsangebote für die Zeit nach der Corona-Pandemie (Kuren etc.),*
- *Individuelle Begleitung / Unterstützung / Therapie des Kindes (ggf. auch zu Hause),*
- *Aufstockung der Mittel für (Schul-)Sozialarbeit und generell die*
- *Bessere finanzielle Unterstützung von Familien mit beeinträchtigten Kindern.*

Die geringste durchschnittliche Zustimmung gab es zu den folgenden Vorschlägen:

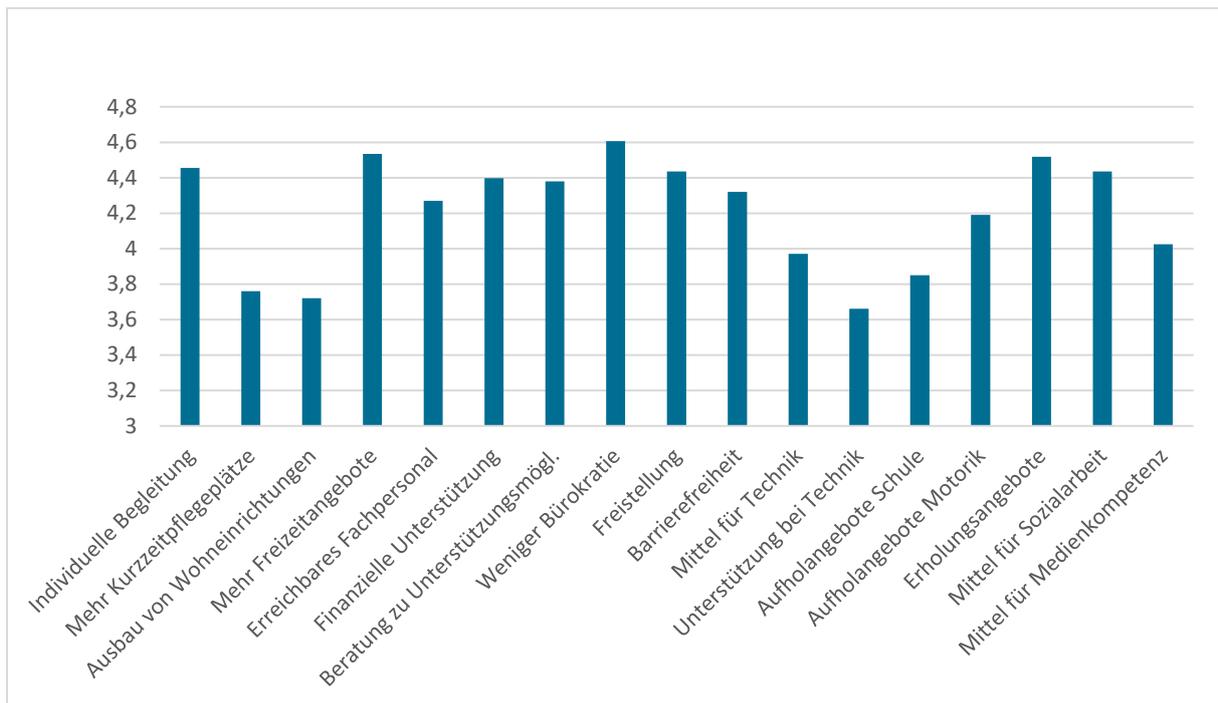
- *Unterstützung beim Einsatz von Technik,*
- *Ausbau von Wohneinrichtungen für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche,*
- *Mehr Kurzzeitpflegeplätze für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche und*
- *Mittel für die Anschaffung technischer Geräte (z.B. Laptop Computer, Tablet, Drucker, etc.) oder überhaupt für einen Internetanschluss).*

Allerdings lag auch bei diesen Vorschlägen die durchschnittliche Zustimmung über 3. Die folgende Abbildung 5 illustriert die Zustimmung zu den einzelnen Vorschlägen anhand der Mittelwerte der Antworten.

Wünsche an die Politik (1: trifft nicht zu – 5: trifft voll zu)	Mittelwert	Median	Modus	Zahl der Beobachtungen
Weniger Bürokratie / schnellere Bearbeitung von Anträgen auf Unterstützung	4,61	5	5	615
Mehr Freizeitangebote für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche	4,53	5	5	606
Zusätzliche Erholungsangebote für die Zeit nach der Corona-Pandemie (Kuren etc.)	4,52	5	5	605
Individuelle Begleitung / Unterstützung / Therapie des Kindes (ggf. auch zu Hause)	4,46	5	5	624
Mehr Möglichkeiten zur Freistellung von der Arbeit / Flexibilität von Arbeitszeit und -ort	4,44	5	5	580
Aufstockung der Mittel für (Schul-)Sozialarbeit	4,43	5	5	582
Bessere finanzielle Unterstützung von Familien mit beeinträchtigten Kindern	4,4	5	5	605
Mehr Beratung hinsichtlich Unterstützungsmöglichkeiten	4,38	5	5	617
Barrierefreiheit von Technik / Lernmaterialien / Beschäftigungsangeboten / Informationen	4,32	5	5	570
Erreichbares Fachpersonal (medizinisch / therapeutisch / pädagogisch) unabhängig vom Wohnort	4,27	5	5	570
Aufholangebote für die Zeit nach der Corona-Pandemie im Bereich Sport und Motorik	4,19	5	5	591
Aufstockung der Mittel für die Vermittlung von Medienkompetenz	4,02	5	5	539
Mittel für die Anschaffung technischer Geräte (z.B. Laptop Computer, Tablet, Drucker, etc.) oder überhaupt für einen Internetanschluss	3,97	5	5	573
Aufholangebote für die Zeit nach der Corona-Pandemie im schulischen Bereich	3,85	5	5	561
Mehr Kurzzeitpflegeplätze für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche	3,76	5	5	499
Ausbau von Wohneinrichtungen für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche	3,72	5	5	475
Unterstützung beim Einsatz von Technik	3,66	4	5	557

Tabelle 9: Wünsche an die Politik

Abbildung 5: Wünsche an die Politik



Zusätzlich zu den von uns genannten Wünschen gab es die Möglichkeit, weitere Wünsche zu formulieren. Dies haben 300 Befragte getan. In den offenen Antworten wurde teilweise noch einmal bekräftigt, für wie wichtig die genannten Vorschläge, bspw. der Abbau von Bürokratie erachtet werden. Teilweise wurden jedoch auch weitere Anregungen genannt, die wir in mehrere Kategorien eingeteilt haben.

- Das Thema Corona-Maßnahmen wurde besonders häufig genannt, und zwar von 25 Prozent *derjenigen, die zusätzliche Vorschläge angegeben haben*. Dabei ging es teilweise um einen größeren Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen durch eine Impfpflicht für ihre Betreuungspersonen, Impfangebote für diese Kinder (ggf. auch auf Basis von Ausnahmegenehmigungen), eine Beibehaltung von Maskenpflicht und Abstandsregeln, teilweise aber auch um größeres Verständnis dafür, dass sich diese Kinder und Jugendlichen ggf. nicht an Abstandsregeln oder eine Maskenpflicht halten (können).
- Zusätzlich äußerten gut 19 Prozent den Wunsch, dass Unterricht und Therapien auch in Ausnahmesituationen weiter stattfinden sollten (während jedoch auch etwa 3 Prozent den Wunsch nach einer Aufhebung der Schulpflicht in Ausnahmesituationen äußerten).

- Mit großem Abstand am häufigsten wurde von 34 Prozent derjenigen, die eigene Wünsche geäußert haben, der **Wunsch nach Inklusion und „gesehen werden“, nach Wahrnehmung der besonderen Bedürfnisse von Familien mit beeinträchtigten Kindern** genannt.
- Von gut 16 Prozent wurde der Wunsch nach Unterstützung durch Sonderurlaub, Anspruch auf Homeoffice oder andere Entlastungsangebote genannt.
- Um die 12 Prozent nannten den Wunsch, dass Dinge, für die ein Antrag gestellt werden muss, schneller und mit mehr Mitteln genehmigt werden sollten. 7 Prozent nannten explizit noch einmal den Wunsch nach weniger Bürokratie.
- Etwa 7 Prozent bemängelten den Personalnotstand bzw. wünschen sich mehr Personal, entweder in der Pflege aber auch in Schulen und Kitas, und zusätzlich wünschen sich 6 Prozent besser Arbeitsbedingungen oder eine bessere Bezahlung für dieses Personal.

Am größten war die Zustimmung also zu dem Wunsch nach **Abbau von Bürokratie** bei der Bearbeitung von Anträgen auf Unterstützung bzw. nach einer schnelleren Bearbeitung solcher Anträge. Bei den offenen Antworten wurde am häufigsten der Wunsch nach **Wahrnehmung der besonderen Bedürfnisse von Familien mit beeinträchtigten Kindern** genannt. **Aber auch zu allen anderen aus den vorhergehenden Befragungen abgeleiteten Wünsche gab es eine hohe Zustimmung. Diese betreffen sowohl die generelle Situation der Familie, als auch den Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie.** So wünschen sich die Befragten mehr Freizeitangebote für beeinträchtigte Kinder und Jugendliche, mehr Mittel für die (Schul-)Sozialarbeit und generell eine bessere finanzielle Unterstützung. In Hinblick auf die Corona-Pandemie gab es besonders viel Zustimmung zum Wunsch nach einer individuellen Begleitung / Unterstützung / Therapie der Kinder und nach zusätzlichen Erholungsangeboten für die Zeit nach der Pandemie.

4.2. Unterschiede in den Wünschen unterschiedlicher Gruppen

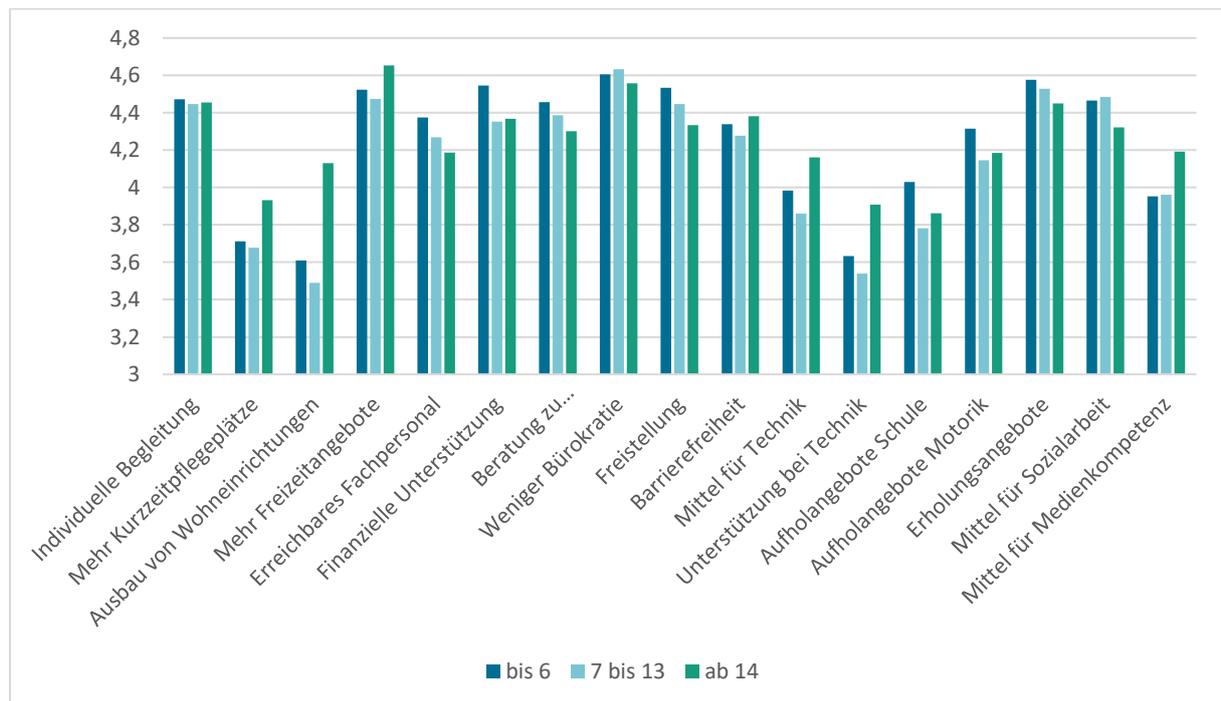
Im folgenden Abschnitt wird untersucht, inwiefern sich die geäußerten Wünsche an die Politik zwischen den Befragten unterscheiden. Zum einen gibt es Unterschiede, die mit den Bedarfen der betroffenen Kinder zusammenhängen. So macht es bspw. einen Unterschied, ob Kinder aufgrund von Vorerkrankungen besonders durch Corona gefährdet sind, oder ob sie möglicherweise nicht in der Lage sind, den Sinn von Abstandsregeln zu begreifen, wie die oben beschriebenen offenen

Antworten zeigen. Zum anderen gibt es auch Unterschiede, die mit der Familiensituation zusammenhängen. Bspw. ist der Wunsch nach finanzieller Unterstützung bei Familien mit geringem Einkommen stärker ausgeprägt. Da es generell zu allen Vorschlägen sehr viel Zustimmung gab, sind die absoluten Unterschiede in der Regel klein und auch nur in einigen Fällen statistisch signifikant.

Nach Charakteristika der Kinder

Abbildung 6 zeigt die Bewertung der unterschiedlichen Wünsche **nach Alter des beeinträchtigten Kindes**.¹⁵ Bei jüngeren Kindern werden erreichbares Fachpersonal und Aufholangebote im Bereich Sport und Motorik als wichtiger bewertet. Für die Eltern von älteren Kindern und Jugendlichen spielen die Themen Kurzzeitpflegeplätze, Wohnreinrichtungen für Kinder und Jugendliche, Freizeitangebote, Technik und Medienkompetenz eine größere Rolle. Statistisch signifikant ist nur der Unterschied beim Wunsch nach einem Ausbau von Wohneinrichtungen: Bei älteren Kindern wird dieser Wunsch also als signifikant wichtiger bewertet.

Abbildung 6: Wünsche an die Politik nach Alter des beeinträchtigten Kindes

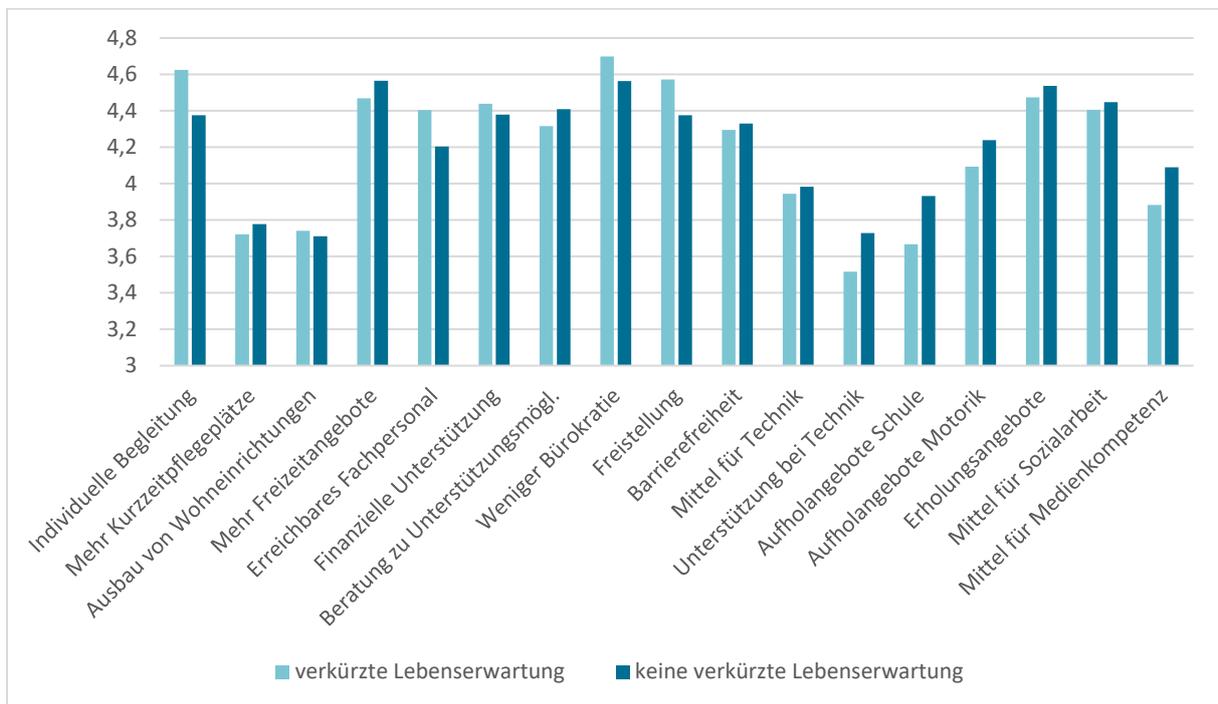


¹⁵ Familien mit mehreren beeinträchtigten Kindern haben wir gebeten, bei Unklarheiten die Situation mit ihrem jüngsten Kind zu beschreiben.

Abbildung 7 zeigt Unterschiede zwischen der **Gruppe der Befragten, deren Kinder eine verkürzte Lebenserwartung haben, und den anderen Befragten**. In Bezug auf die im folgenden genannten Aspekte unterscheiden sich die beiden Gruppen signifikant. Bei Befragten, deren Kinder eine verkürzte Lebenserwartung haben, gilt:

- Die individuelle Begleitung des Kindes wurde als wichtiger bewertet.
- Die Unterstützung beim Einsatz von Technik wurde als weniger wichtig bewertet.
- Aufholangebote im schulischen Bereich wurden als weniger wichtig bewertet.

Abbildung 7: Wünsche an die Politik nach verkürzter Lebenserwartung (ja/nein)



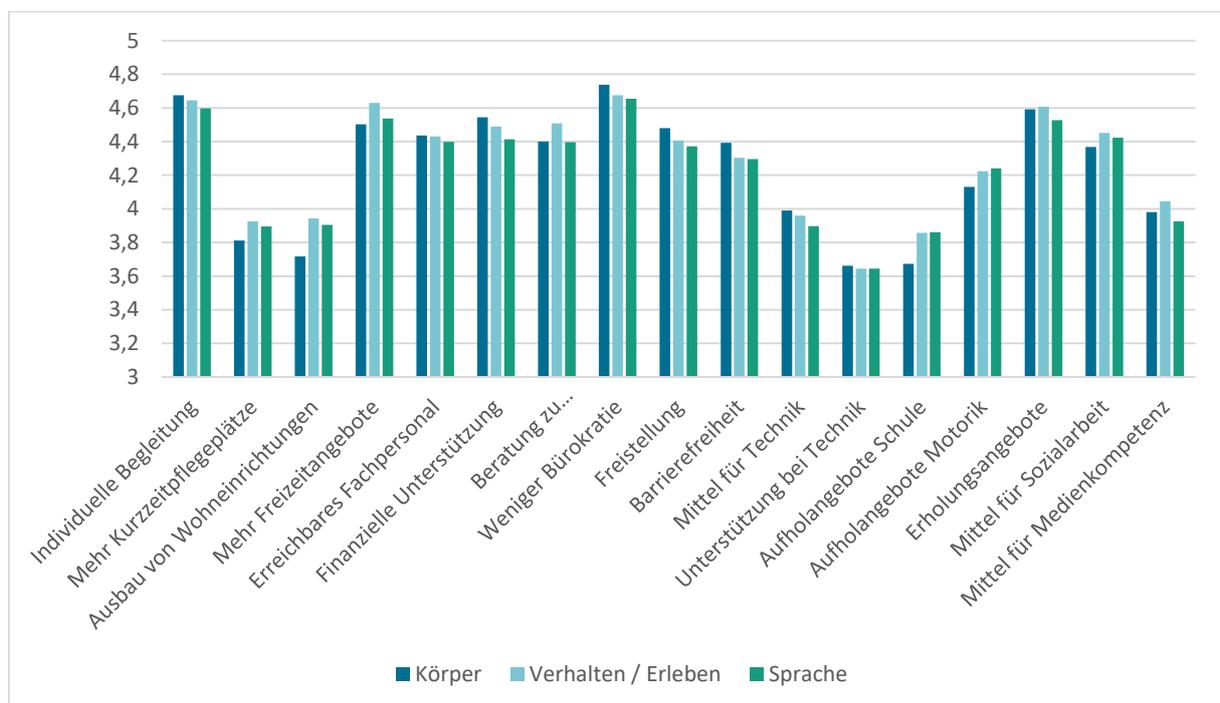
Einige der Kategorien aus den offenen Antworten wurden von **Befragten, deren Kinder eine verkürzte Lebenserwartung haben**, besonders häufig genannt, darunter auch

- der Wunsch, gesehen zu werden, der von 52 der 104 Befragten aus dieser Gruppe genannt wurde, die überhaupt offene Antworten genannt haben, d.h. von 50 Prozent. (Bei Familien, deren Kinder keine verkürzte Lebenserwartung haben, wurde dieser Wunsch nur von etwa halb so vielen genannt, knapp 26 Prozent.)

- 24 Prozent äußerten den Wunsch nach Unterstützung durch Sonderurlaub, Anspruch auf Homeoffice oder andere Entlastungsangebote. (Bei denen ohne verkürzte Lebenserwartung waren es nur gut 12 Prozent.)
- Auch der Wunsch nach mehr Personal und nach besseren Arbeitsbedingungen für dieses Personal wurde besonders in dieser Gruppe häufig geäußert, mit 11 respektive 7 Prozent (gegenüber jeweils 5 Prozent).

Das Ranking der Wünsche variiert teilweise **nach Art der Beeinträchtigung des Kindes**, wobei sich unterschiedliche Arten von Beeinträchtigungen nicht ausschließen.

Abbildung 8: Wünsche an die Politik nach Art der Beeinträchtigung



- Für Befragte, deren Kindern eine starke körperliche Beeinträchtigung haben (4 oder 5 auf einer Skala von 1 bis 5) ist die Rangfolge:
 1. Reduzierung von Bürokratie
 2. Individuelle Betreuung
 3. Erholungsangebote
 4. Finanzielle Unterstützung.

Lediglich beim Wunsch nach Erholungsangeboten ist der Unterschied zwischen Familien mit und ohne Kinder mit starker körperlicher Beeinträchtigung nicht signifikant.

- Für Befragte, deren Kinder in ihrem Erleben oder Verhalten stark beeinträchtigt sind, steht ebenfalls die
 1. Reduzierung von Bürokratie an erster Stelle, gefolgt von
 2. Individueller Betreuung, dann folgen
 3. Freizeitangebote und
 4. Erholungsangebote.

Alle Unterschiede zwischen Familien mit und ohne Kinder mit starker Beeinträchtigung des Erlebens oder Verhaltens sind signifikant. Die Wichtigkeit von Freizeitangeboten wird in dieser Gruppe besonders hoch bewertet. Zudem nennen die Eltern von Kindern mit starker Beeinträchtigung des Erlebens oder Verhaltens auch die Wünsche nach erreichbarbarem Fachpersonal, Kurzzeitpflegeplätzen, Wohnangeboten und nach finanzieller Unterstützung und nach Beratung signifikant häufiger als die Eltern von Kindern, die in ihrem Erleben oder Verhalten *nicht* so stark oder gar nicht beeinträchtigt sind.

- Für Befragte, deren Kinder in ihrer Sprachentwicklung stark beeinträchtigt sind, steht ebenfalls an erster Stelle die
 1. Reduzierung von Bürokratie, gefolgt von
 2. Freizeitangeboten und
 3. Erholungsangeboten.

Allerdings unterscheiden sich die Befragten bei diesen Wünschen nicht signifikant von Eltern, deren Kinder in ihrer Sprachentwicklung weniger beeinträchtigt sind.

Abbildung 9 zeigt die Bewertung der Wünsche **unterschieden danach, ob das Kind normalerweise an Therapien teilnimmt, die während des Lockdowns von Dezember 2020 bis Mai 2021 eingeschränkt waren**. Bei Eltern, deren Kinder auf Therapien verzichten mussten, ist der Wunsch nach individueller Begleitung deutlich ausgeprägter, aber auch der nach weniger Bürokratie. Auch der Wunsch nach Aufholangeboten wird als wichtiger bewertet, der Unterschied war jedoch nicht signifikant.

Abbildung 9: Wünsche an die Politik nach Ausfall von Therapien

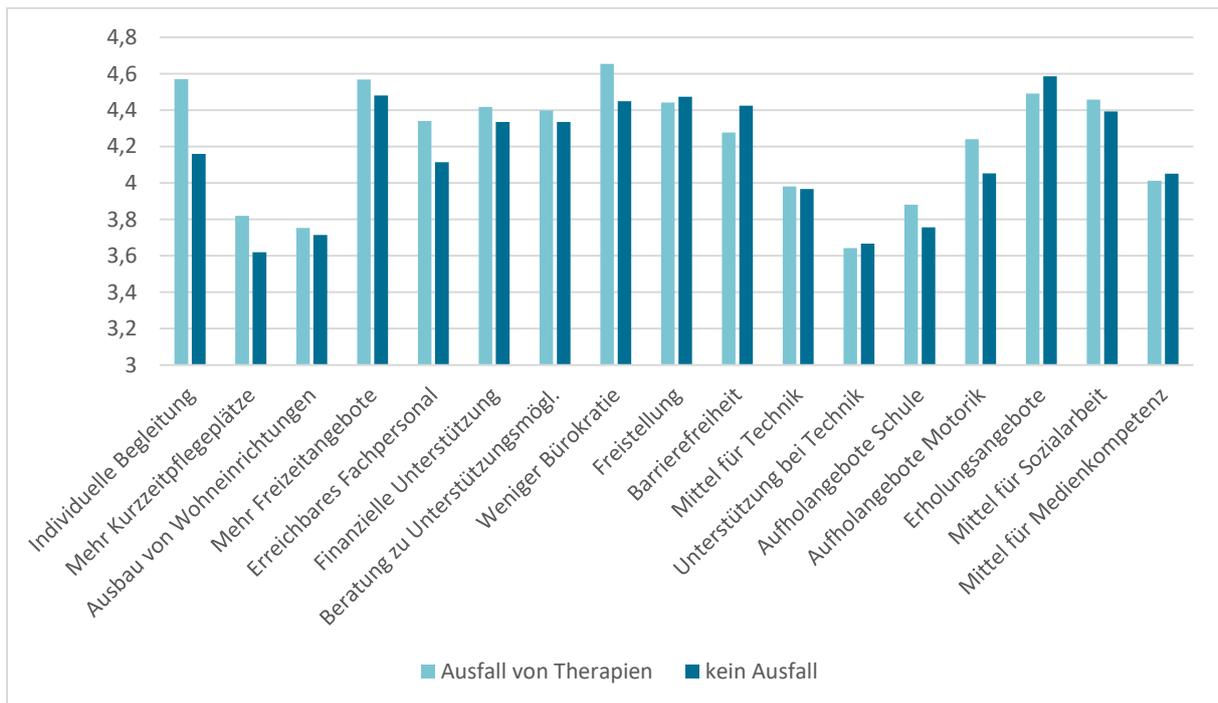


Abbildung 10 unterscheidet danach, ob die Eltern angegeben haben, dass sie das **Kind in der jeweiligen Betreuungseinrichtung im letzten Lockdown gut geschützt** sahen (falls zutreffend). Sahen Eltern ihr Kind als gut geschützt, ist der Wunsch nach Freistellung signifikant weniger wichtig, was intuitiv Sinn macht, ebenso der Wunsch nach Barrierefreiheit von Lernmaterialien etc. Zudem ist der Unterschied beim Wunsch nach mehr Kurzzeitpflegeplätzen und nach dem Ausbau von Wohneinrichtungen signifikant, obwohl auch Eltern, die ihre Kinder als gut geschützt sahen, diese Wünsche nicht als besonders wichtig bewerteten.

Abbildung 9: Wünsche an die Politik nach Ausfall von Therapien

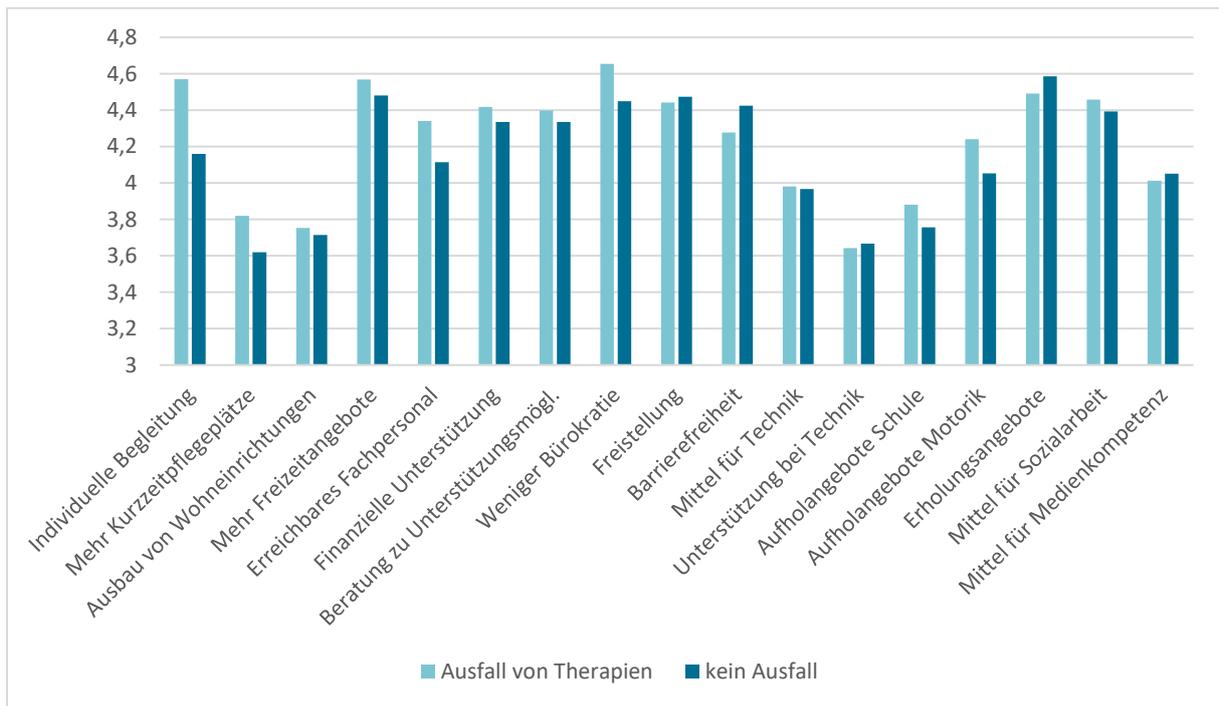
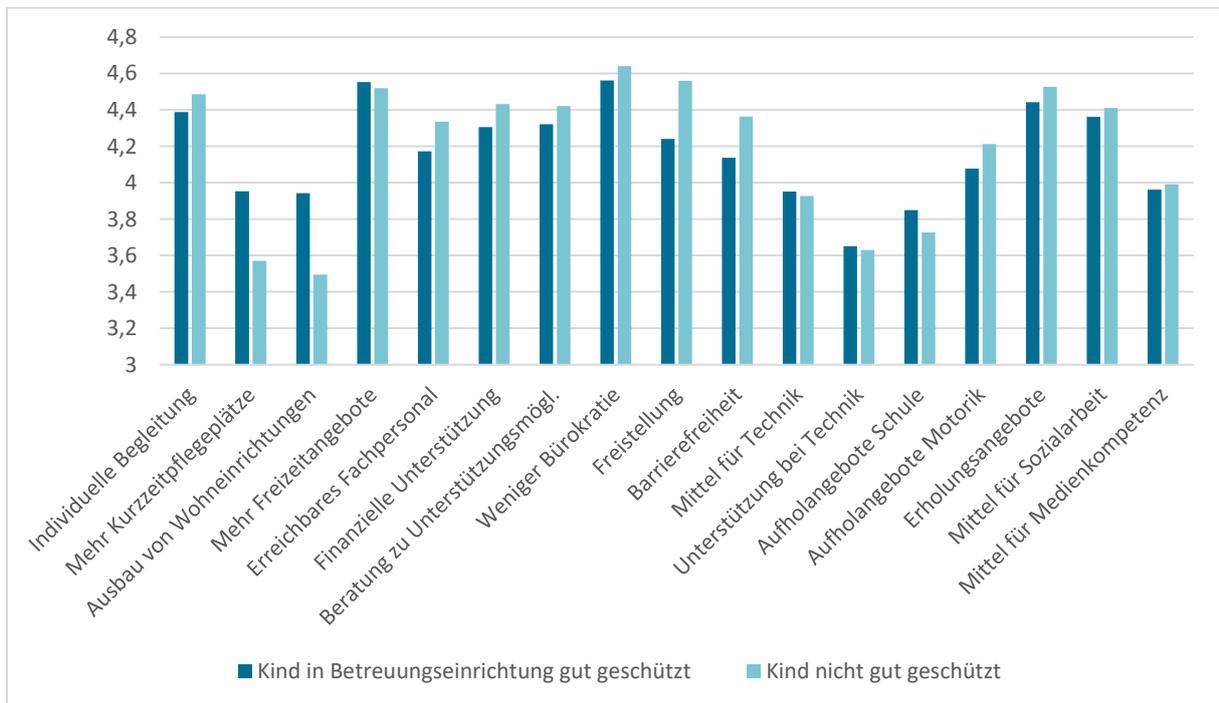


Abbildung 10: Wünsche an die Politik nach Einschätzung, ob das Kind in der Betreuungseinrichtung gut geschützt ist

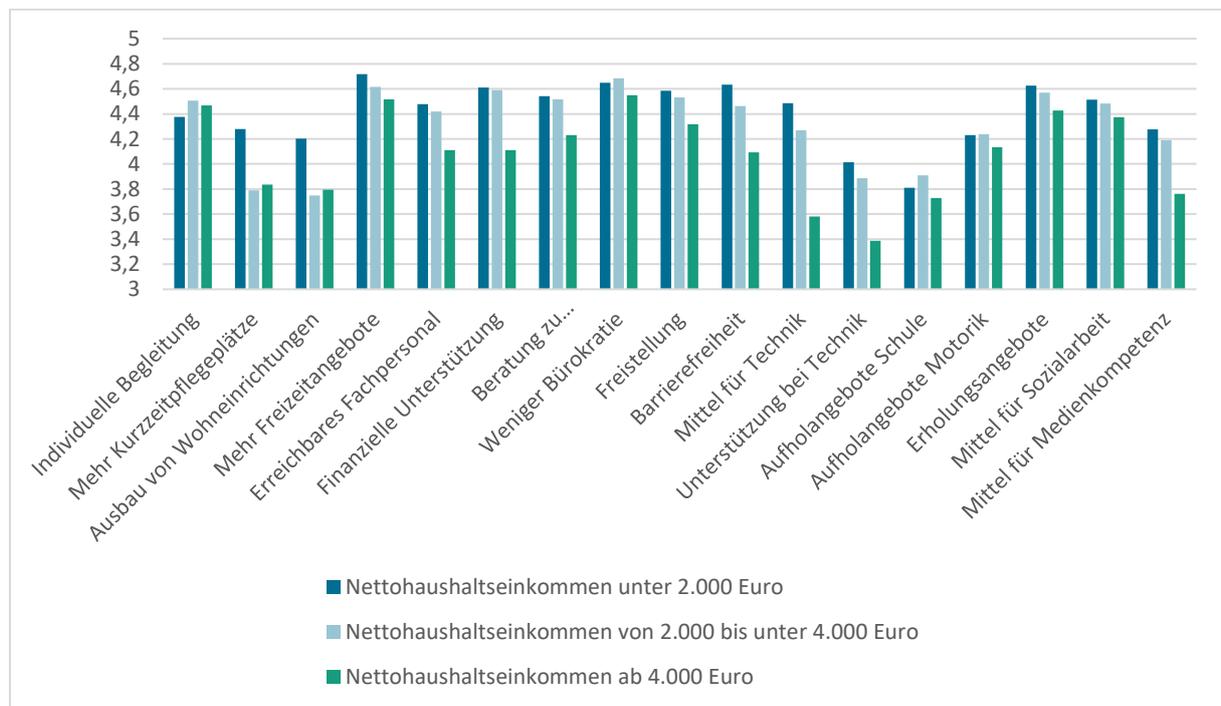


Für die Bewertung der Wichtigkeit der einzelnen Wünsche spielen die Charakteristika der Kinder eine Rolle. Untersucht wurden Unterschiede nach Alter des Kindes, nach Art der Beeinträchtigung, danach ob das Kind eine verkürzte Lebenserwartung hat und danach, ob Therapien, an denen das Kind normalerweise teilnimmt, ausgefallen sind. Viele der Unterschiede sind naheliegend: **So ist der Ausbau von Wohneinrichtungen für beeinträchtigte Kinder und Jugendliche vor allem Eltern von älteren Kindern bzw. Jugendlichen wichtig. Eltern, deren Kinder eine verkürzte Lebenserwartung haben, ist es etwas weniger wichtig, dass ihren Kindern Aufholangebote gemacht werden, stattdessen steht die individuelle Begleitung im Vordergrund. Besonders für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Erleben oder Verhalten beeinträchtigt sind, fehlen zumindest während des Lockdowns anscheinend Freizeitangebote, und Eltern, deren Kinder auf Therapien verzichten mussten, sind die individuelle Begleitung und der Abbau von Bürokratie bei der Bearbeitung von Anträgen besonders wichtig.**

Nach Charakteristika der Familie

Tendenziell haben viele der Vorschläge für **Familien mit geringem Einkommen** eine höhere Dringlichkeit. Abbildung 11 illustriert die Unterschiede anhand der Einkommenskategorien *unter 2.000 Euro monatlich, zwischen 2.000 und 4.000 Euro monatlich und über 4.000 Euro monatlich.*

Abbildung 11: Wünsche an die Politik nach monatlichem Nettohaushaltseinkommen



- Die Wünsche nach mehr Freizeitangeboten, nach erreichbarem Fachpersonal, nach Beratung zu Unterstützungsmöglichkeiten, nach Freistellungsmöglichkeiten, nach Barrierefreiheit, nach Mitteln für Technik, Unterstützung für Technik, Erholungsangeboten, Mitteln für Sozialarbeit und Mitteln für Medienkompetenz verlieren mit steigendem Einkommen an Relevanz.
- Befragte mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen **unter 2.000 Euro** bewerten den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen, von Wohneinrichtungen für Kinder und Jugendliche und von Freizeitangeboten als signifikant wichtiger als reichere Haushalte. Bei den Freizeitangeboten ist der Unterschied zu denjenigen mit Einkommen über 2.000 Euro am wenigsten stark ausgeprägt, aber dennoch signifikant.
- Befragte mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen **ab 4.000 Euro** bewerten die Wünsche nach der besseren finanziellen Unterstützung, nach mehr Beratung hinsichtlich Unterstützungsmöglichkeiten und nach der Unterstützung beim Einsatz von Technik als signifikant weniger wichtig. Das gleiche gilt für den Wunsch nach erreichbarem Fachpersonal. **Dies lässt vermuten, dass reichere Haushalte eher in der Lage sind, sich selbst benötigte Unterstützung zu organisieren und zu finanzieren.**

In allen Gruppen sind jedoch die Wünsche nach

1. weniger Bürokratie und einer schnelleren Bearbeitung von Anträgen auf Unterstützung
2. mehr Freizeitangeboten

am wichtigsten.

Bei denjenigen mit Einkommen unter 2.000 Euro folgt an dritter Stelle der Wunsch nach

3. einer besseren finanziellen Unterstützung¹⁶.

Bei denjenigen mit Einkommen ab 4.000 Euro folgt dagegen an dritter Stelle der Wunsch nach

¹⁶ mit einer Bewertung von 4,58 (gegenüber 4,11)

3. einer individuellen Begleitung / Unterstützung / Therapie des Kindes.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man **Haushalte mit und ohne Sozialleistungsbezug** vergleicht, wie in Abbildung 12. Die Bewertung der Wichtigkeit der individuellen Begleitung ist bei Haushalten ohne Bezug irgendeiner Sozialleistung signifikant höher, während Haushalte mit Sozialleistungsbezug die Barrierefreiheit, die Bereitstellung von Mitteln für Technik und die Unterstützung bei der Nutzung von Technik als signifikant wichtiger bewerten. Der sichtbare Unterschied bei der Bewertung der finanziellen Unterstützung ist dagegen nicht statistisch signifikant.

Abbildung 13 illustriert Unterschiede nach beruflichem Abschluss der befragten Person, die folgende Abbildung 14 nach Schulabschluss der befragten Person. Befragte ohne beruflichen Abschluss bewerten die Wichtigkeit von Freizeit- und Erholungsangeboten am höchsten. Die Unterschiede zu den anderen beiden Gruppen sind jedoch nicht signifikant, möglicherweise weil nur 23 der befragten Personen keinen beruflichen Abschluss haben. Für Personen, die eine abgeschlossene Lehre haben, sind die finanzielle Unterstützung, die Reduzierung von Bürokratie, die Bereitstellung von Mitteln für Technik, Sozialarbeit und Medienkompetenz, aber auch die Unterstützung bei der Nutzung von Technik signifikant wichtiger als für die anderen beiden Gruppen von Befragten. Für Befragte, die einen Hochschulabschluss oder einen Meistertitel haben, ist keiner der Wünsche wichtiger als in den anderen beiden Gruppen. Befragten mit Abitur oder Fachhochschulreife sind dagegen sowohl die finanzielle Unterstützung als auch die Mittel für Technik und für den Erwerb von Medienkompetenzen als auch die Unterstützung beim Einsatz von Technik signifikant weniger wichtig als Befragten ohne Abitur.

Abbildung 12: Wünsche an die Politik nach Sozialleistungsbezug

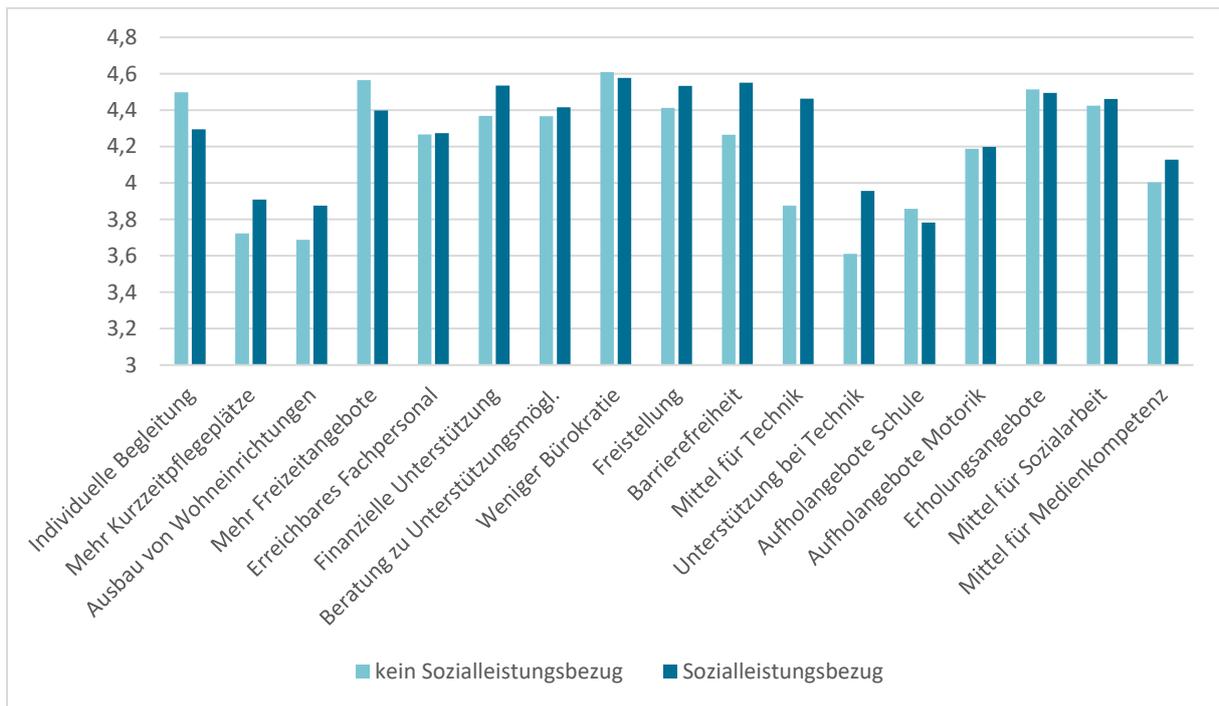


Abbildung 13: Wünsche an die Politik nach beruflichem Abschluss der befragten Person

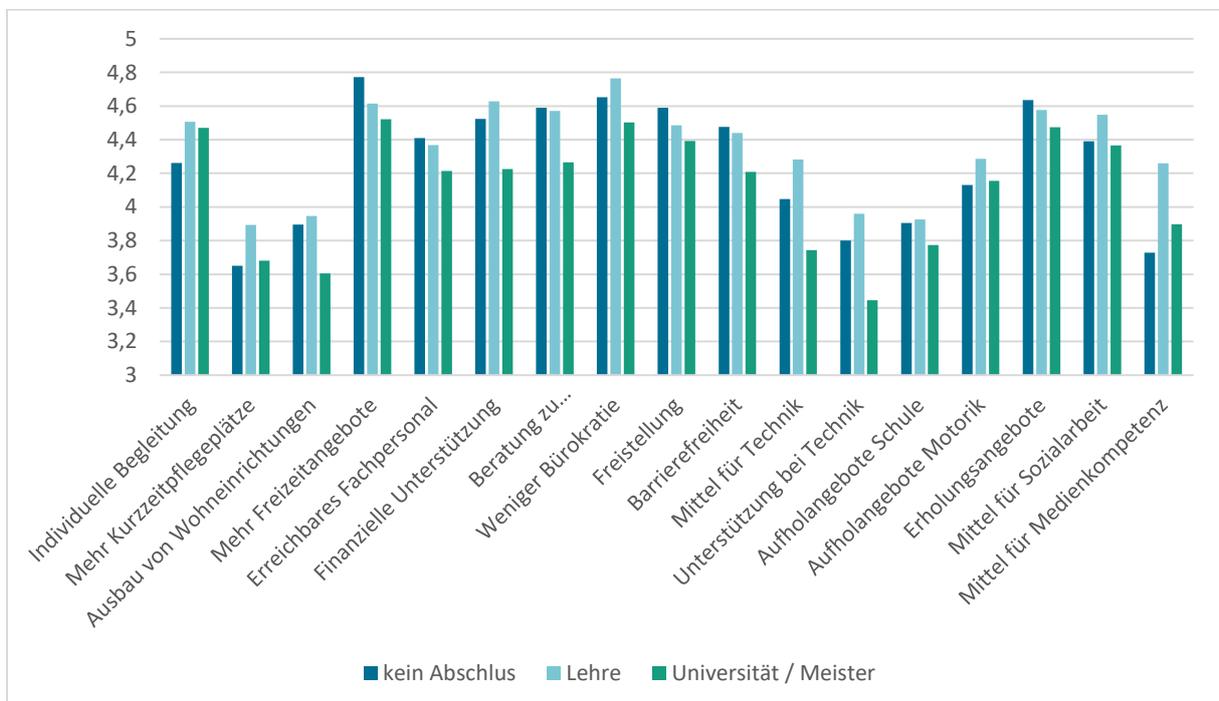
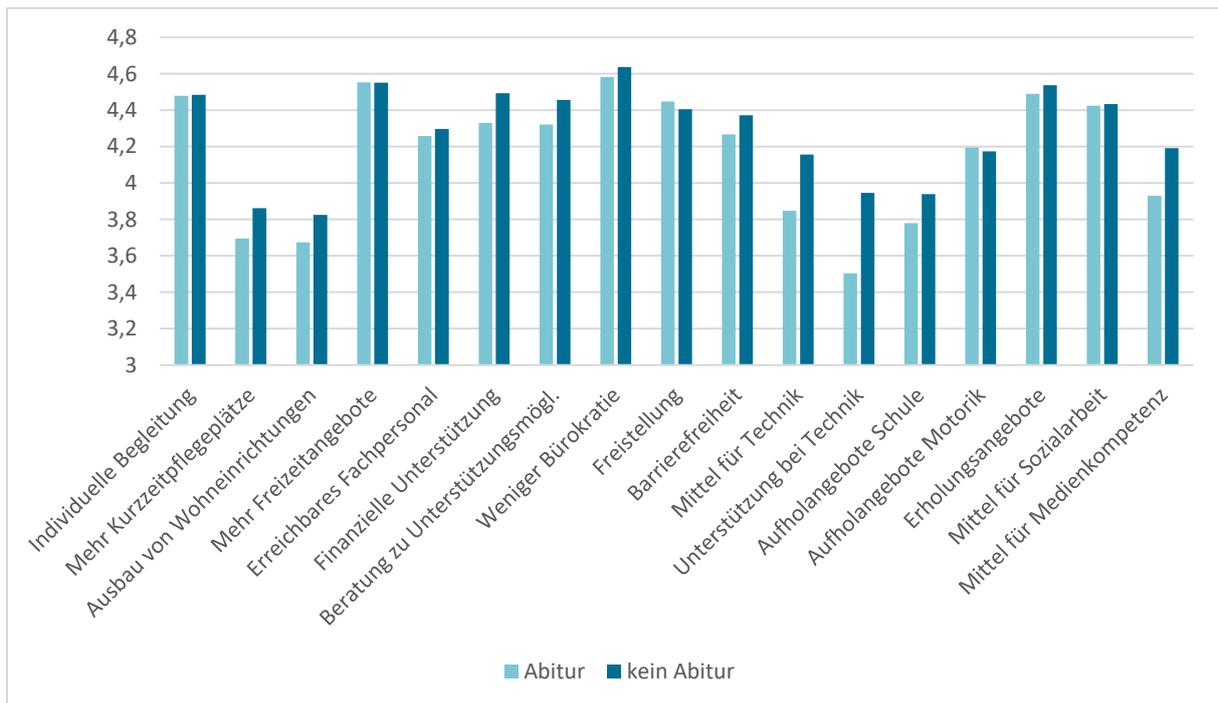
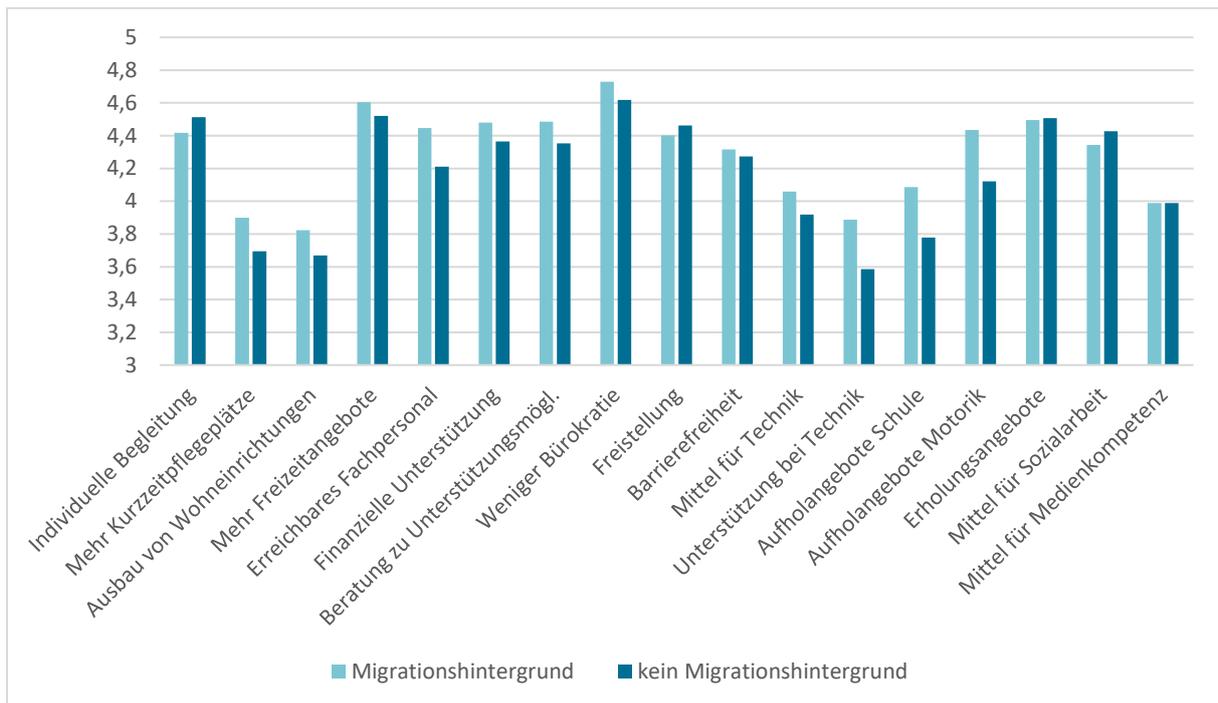


Abbildung 14: Wünsche an die Politik nach Schulabschluss der befragten Person



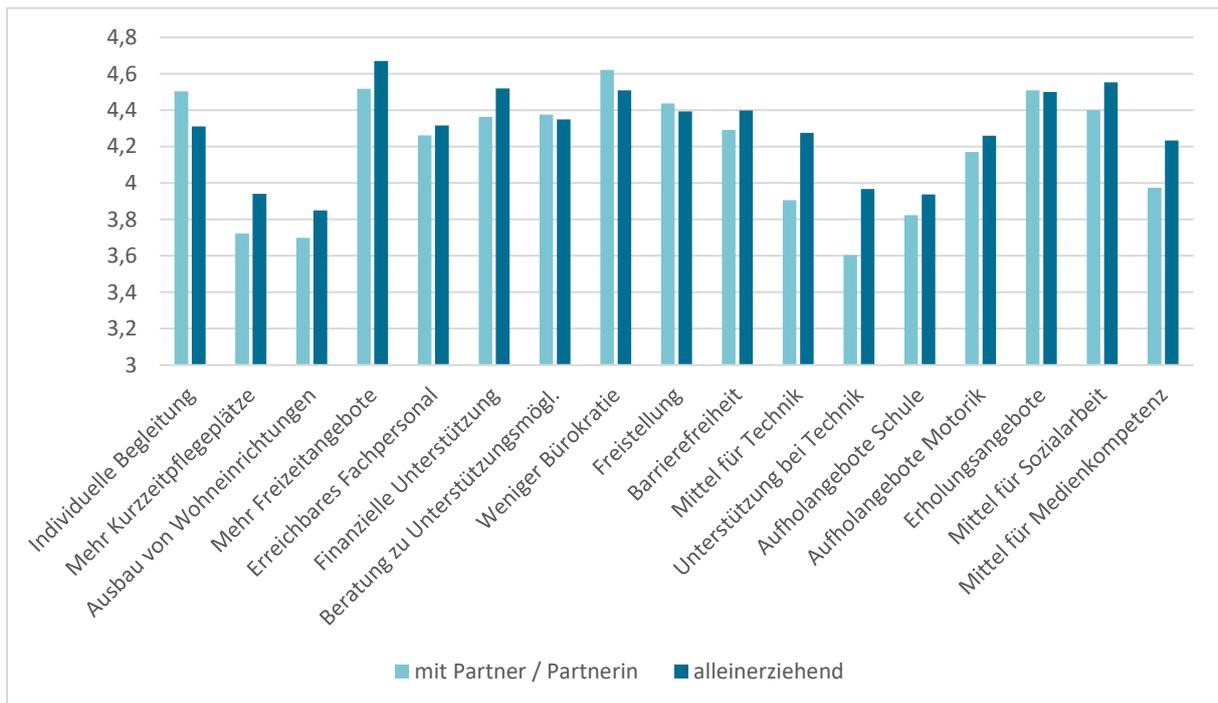
Schließlich unterscheidet Abbildung 15 die Wünsche von **Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund**. Für die Befragten wurde auch ein indirekter Migrationshintergrund erfasst, also ob Mutter oder Vater im Ausland geboren sind, für ihre jeweiligen Partner oder Partnerinnen nur der direkte Migrationshintergrund. In Haushalten mit Migrationshintergrund wurden Aufholangebote für die Zeit nach Corona als noch wichtiger bewertet.

Abbildung 15: Wünsche an die Politik nach Migrationshintergrund des Haushalts



Alleinerziehende bewerten die Bereitstellung von Mitteln für Technik, die Unterstützung bei der Nutzung von Technik und die Bereitstellung von Mitteln für die Medienkompetenz als signifikant wichtiger. Personen mit Partner oder Partnerin bewerten dagegen die individuelle Begleitung als wichtiger. Weitere Unterschiede sind nicht statistisch signifikant, siehe Abbildung 16.

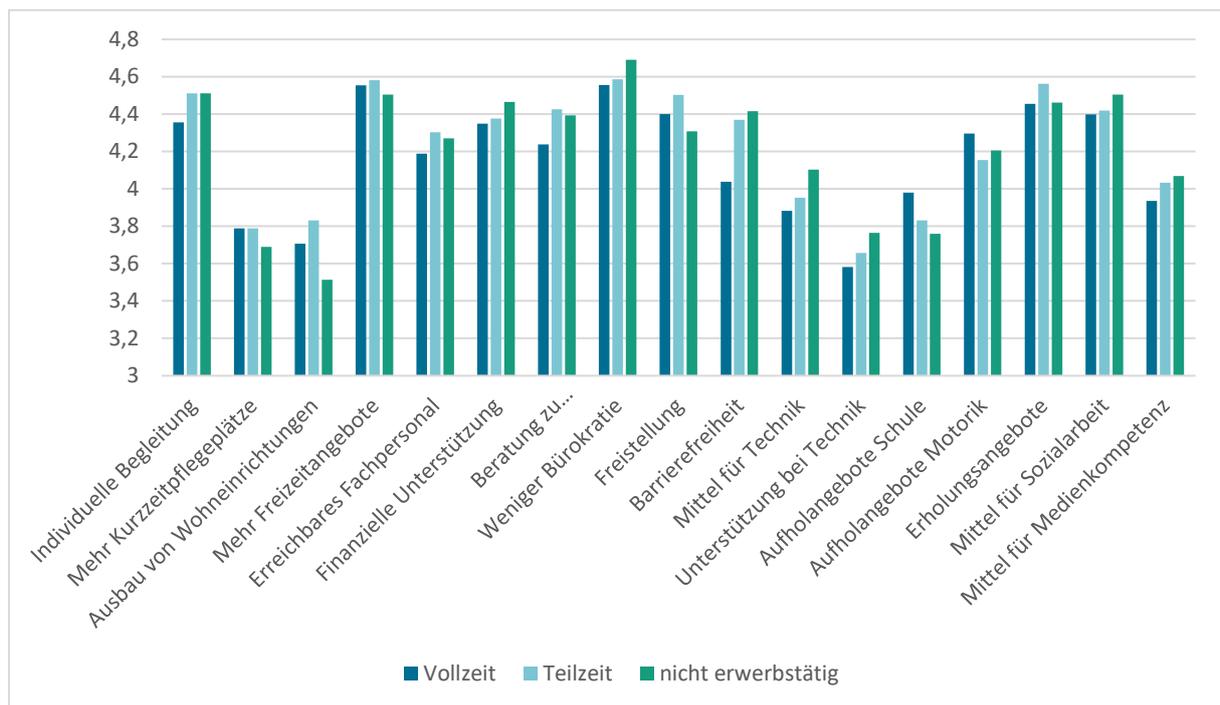
Abbildung 16: Wünsche an die Politik nach alleinerziehend ja/nein



Schließlich kann die **Erwerbstätigkeit** für die Bewertung der Wünsche eine Rolle spielen. Bei nicht Erwerbstätigen sind Kurzeitpflegeplätze und Wohneinrichtungen weniger wichtig, aber auch Freizeitangebote und Aufholangebote im schulischen Bereich, und, wenig überraschend, die Möglichkeit einer Freistellung, die aber im Durchschnitt auch in dieser Gruppe mit einem Wert über 4 bewertet wird. Vollzeit-erwerbstätige halten Aufholangebote für noch wichtiger als in Teilzeit und nicht Erwerbstätige. In Teilzeit Erwerbstätige bewerten Freizeitangebote, Freistellungsmöglichkeiten und Erholungsangebote als wichtiger als Befragte, die in Vollzeit oder nicht erwerbstätig sind. Das spricht dafür, dass diese Befragten häufiger die Kinderbetreuung alleine stemmen als in Vollzeit Erwerbstätige und deshalb besonders belastet sind. Dabei wurde hier bewusst nach dem regulären Erwerbsstatus (vor Corona) gefragt. Die beschriebenen Unterschiede nach Erwerbsstatus sind jedoch in keinem Fall signifikant.¹⁷

¹⁷ Zusätzlich wurde danach unterschieden, ob die befragte Person im letzten Lockdown ausschließlich im Homeoffice gearbeitet hat oder nicht. Die dabei beobachteten Unterschiede sind jedoch klein und insignifikant, so dass auf eine Darstellung verzichtet wird.

Abbildung 17: Wünsche an die Politik nach Erwerbstätigkeit



Auch die Charakteristika der Familie spielen für die Bewertung der einzelnen Wünsche eine wichtige Rolle. **Da Personen mit hohem sozio-ökonomischem Status, wie in Kapitel 2 beschrieben, in unserer Stichprobe überrepräsentiert sind, ist insbesondere die Unterscheidung der Wichtigkeit der Wünsche nach solchen Merkmalen wie Bildung oder Migrationshintergrund von Bedeutung.** Die durchschnittliche Bewertung der Wünsche spiegelt höchstwahrscheinlich nicht die durchschnittliche Bewertung der Grundgesamtheit der Familien mit beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen wider.

Es zeigt sich, dass für die Befragten aus Familien mit Migrationshintergrund **Aufholangebote für die Zeit nach Corona** als wichtiger bewertet werden als von Befragten ohne Migrationshintergrund. Befragte mit Haupt- oder Realschulabschlüssen empfinden ebenso wie Befragte aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 4.000 Euro die **finanzielle Unterstützung von Familien** wichtiger als andere Befragte; Befragte mit Haupt- oder Realschulabschlüssen, Befragte aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 4.000 Euro und Alleinerziehende auch die **Bereitstellung von Mitteln für Technik sowie die Unterstützung bei der**

Nutzung von Technik.¹⁸ Bei Haushalten mit Nettoeinkommen unter 4.000 Euro wird zusätzlich die Beratung hinsichtlich Unterstützungsmöglichkeiten als wichtiger bewertet. **Die individuelle Begleitung der Kinder wird insbesondere von Befragten mit Nettoeinkommen ab 4.000 Euro, von Haushalten ohne Bezug irgendwelcher Sozialleistungen und von Befragten mit Partner oder Partnerin als wichtig bewertet.**

Dennoch sind die wichtigsten Wünsche über die betrachteten Gruppen hinweg die gleichen, und zwar die Reduzierung von Bürokratie und der Ausbau von Freizeitangeboten.

Zudem sei darauf hingewiesen, dass die beschriebenen Unterschiede zwar statistisch signifikant sind, dies aber noch keine Kausalität impliziert. Dass bspw. Personen mit relativ geringen Haushaltseinkommen nicht nur Freizeitangebote als wichtiger bewerten als andere Personen, sondern auch den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen und von Wohnreinrichtungen für beeinträchtigte Kinder und Jugendliche ist nicht unbedingt auf das Haushaltseinkommen an sich zurückzuführen. Es ist denkbar, dass sich diese Personen auch in anderen relevanten Charakteristika von Personen mit höheren Einkommen unterscheiden. Bspw. haben Alleinerziehende sowohl häufiger geringeres Einkommen als auch einen erhöhten Unterstützungsbedarf. Es ist auch denkbar, dass Personen mit älteren beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen im Schnitt bereits länger beruflich zurückstecken und deshalb sowohl geringere Einkommen haben als auch ein höheres Interesse an einem Ausbau von Wohneinrichtungen.

5. Fazit

Auch wenn das Interesse von Familien mit beeinträchtigten Kindern an einer Teilnahme an unseren Befragungen bei weitem nicht mehr so hoch war wie während des ersten Lockdowns im Mai 2020, haben sich dennoch über 800 Personen an der dritten Befragung im Spätsommer 2021 beteiligt. Die Befragten haben ihre Betroffenheit von den Corona-Maßnahmen im zweiten Lockdown von Dezember 2020 bis Mai 2021 beschrieben und sich zu ihrer Einschätzung der Angemessenheit der Maßnahmen geäußert. Zudem haben sie die Wichtigkeit verschiedener Wünsche

¹⁸ Auch Familien, in denen jemand an Covid-19 erkrankt war, bewerten diese drei Wünsche als wichtiger. Dies kann damit zusammenhängen, dass sich nach einer Anfangsphase, in der Ansteckungen häufig am Arbeitsplatz stattgefunden haben, die Inzidenzen in Gegenden mit hoher Arbeitslosenquote (und dementsprechend geringen Einkommen, beengtem Wohnraum etc.) deutlich höher waren. Siehe dazu bspw. Ginzel (2021) oder Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2021).

an die Politik, die wir aus den ersten beiden Befragungen abgeleitet haben, bewertet, und 300 Personen haben weitere Wünsche im Rahmen von offenen Antworten genannt.

Um die Repräsentativität unserer Befragung einordnen zu können, haben wir diverse sozioökonomische und demografische Charakteristika der Teilnehmenden erhoben und mit dem Sozio-Ökonomischen Panel verglichen, einer repräsentativen Haushaltsbefragung, bei der in Deutschland seit 1984 jährlich 20.000 Haushalte zu ihrer Lebenssituation befragt werden. Der Vergleich hat gezeigt, dass insbesondere Haushalte mit niedrigem sozio-ökonomischem Status in unserer Befragung eher unterrepräsentiert sind. Deshalb wurde bei der Analyse ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, inwiefern sich die Wünsche an die Politik nach verschiedenen Indikatoren des sozio-ökonomischen Status unterscheiden.

Die als am wichtigsten bewerteten Wünsche sind über die betrachteten Gruppen hinweg die gleichen, und zwar *Weniger Bürokratie / schnellere Bearbeitung von Anträgen auf Unterstützung* die Reduzierung von Bürokratie und *Mehr Freizeitangebote für beeinträchtigte Kinder / Jugendliche*. Bei den offenen Antworten wurde insbesondere der Wunsch nach *Inklusion und „gesehen werden“*, *nach Wahrnehmung der besonderen Bedürfnisse von Familien mit beeinträchtigten Kindern* besonders häufig genannt, was dafür spricht, dass sich diese Familien mit ihren Bedarfen bisher nicht gehört und gesehen fühlen.

Einige Unterschiede zwischen den Befragten seien noch genannt: So ist der Ausbau von Wohneinrichtungen für beeinträchtigte Kinder und Jugendliche vor allem Eltern von älteren Kindern bzw. Jugendlichen wichtig. Eltern, deren Kinder eine verkürzte Lebenserwartung haben, ist es etwas weniger wichtig, dass ihren Kindern Aufholangebote gemacht werden, stattdessen steht die individuelle Begleitung im Vordergrund. Diese Eltern haben auch besonders häufig den Wunsch, gesehen zu werden, geäußert. Besonders für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Erleben oder Verhalten beeinträchtigt sind, fehlen offensichtlich Freizeitangebote, und Eltern, deren Kinder während des letzten Lockdowns auf Therapien verzichten mussten, sind die individuelle Begleitung und der Abbau von Bürokratie bei der Bearbeitung von Anträgen besonders wichtig.

Befragte aus Familien mit Migrationshintergrund bewerten Aufholangebote für die Zeit nach Corona als wichtiger als Befragte ohne Migrationshintergrund. Befragte mit Haupt- oder Real- schulabschlüssen empfinden ebenso wie Befragte aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 4.000 Euro die finanzielle Unterstützung von Familien wichtiger als andere Be-

fragte; Befragte mit Haupt- oder Real-schulabschlüssen, Befragte aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 4.000 Euro und Alleinerziehende auch die Bereitstellung von Mitteln für Technik sowie die Unterstützung bei der Nutzung von Technik. Bei Haushalten mit Nettoeinkommen unter 4.000 Euro wird zusätzlich die Beratung hinsichtlich Unterstützungsmöglichkeiten als wichtiger bewertet. Die individuelle Begleitung der Kinder wird insbesondere von Befragten mit Nettoeinkommen ab 4.000 Euro, von Haushalten ohne Bezug irgendwelcher Sozialleistungen und von Befragten in Paarbeziehungen als wichtig bewertet.

Der Vergleich mit den früheren Befragungen zeigt, dass der zweite Lockdown von Dezember 2020 bis Mai 2021 als etwas weniger belastend empfunden wurde als der erste, trotz der längeren Dauer. Dies kann daran liegen, dass der zweite Lockdown nicht so überraschend kam wie der erste. Auch im zweiten Lockdown war für viele Kinder nicht nur der Besuch von Schule oder Betreuungsreinrichtung nicht möglich und die Unterstützung durch Familie und Freund:innen reduziert, sondern auch die Teilnahme an Therapien und sogar palliativen Angeboten. Die Befragten geben an, dass ihre Kinder besonders unter dem Ausfall von Therapien, aber auch unter den anderen Einschränkungen gelitten haben. 40 Prozent berichten sogar von Entwicklungsrückschritten der Kinder. Die Befragten nahmen ihre eigene Belastung im Durchschnitt als noch stärker wahr als die Belastung der Kinder. Letzteres ist nur zum Teil auf eine Überforderung durch die Kinderbetreuung zurückzuführen. Zusätzlich nahmen Konflikte innerhalb der Familie zu, und ein Viertel der Befragten machte sich Sorgen um die wirtschaftliche Situation des eigenen Haushalts.

Außerdem zeigt der Vergleich mit den Daten des Sozio-Ökonomischen Panels, dass Familien mit beeinträchtigten Kindern (trotz der Repräsentativität dieser Haushaltsbefragung in Hinblick auf viele Charakteristika der Gesamtbevölkerung in Deutschland) dort nicht adäquat erfasst sind, weil ihre Zahl relativ klein ist. Insofern leistet unsere Befragung einen wichtigen Beitrag dazu, die Bedarfe dieser Familien genauer zu erfassen und die Ergebnisse der Forschung, der Politik sowie der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen – um so den Familien mit beeinträchtigten Kindern Sichtbarkeit für ihre besondere und schwierige Situation zu verschaffen.

Literaturverzeichnis

- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2021): Die Politbarometer-Pressemeldungen des Jahres 2021. https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/
- Ginzel, Sebastian (2021): Analyse der Kölner Kontaktverfolgungsdaten. In Kooperation mit dem Gesundheitsamt der Stadt Köln. <https://www.iais.fraunhofer.de/de/geschaeftsfelder/healthcare-analytics/fraunhofer-projekte-corasiv-und-coperimoplus.html>
- Goebel, Jan; Grabka, Markus M.; Liebig, Stefan; Kroh, Martin; Richter, David; Schröder, Carsten; Schupp, Jürgen (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 239 (2), S. 345–360. DOI: 10.1515/jbnst-2018-0022.
- Heckman, James; Landersø, Rasmus (2021): Lessons for Americans from Denmark about inequality and social mobility. Anstehende Veröffentlichung in *Labour Economics*.
- Kugelmeier, Dorothea; Schmolze-Krahn, Raimund (2020a): Studie: So leiden beeinträchtigte Kinder und ihre Eltern unter der Corona-Krise. https://www.fit.fraunhofer.de/de/presse/20-05-28_studie-so-leiden-beeintraechtigte-kinder-und-ihre-eltern-unter-der-corona-krise.html.
- Kugelmeier, Dorothea; Schmolze-Krahn, Raimund (2020b): Nach dem Frühjahrs-Lockdown: Entspannung in der Corona-Lage bleibt aus. So erlebten beeinträchtigte Kinder und ihre Familien den Pandemiesommer. https://www.fit.fraunhofer.de/content/dam/fit/de/documents/2020-11-30_Zweite%20Corona%20Umfrage%20Fraunhofer%20Tech%20Inc%20Lab.pdf.
- Statistisches Bundesamt (2021): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt (BIP). Stand 25.11.2021. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/bip-bubbles.html>.
- Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2021): Dokumentation: Zum Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf das Erkrankungs- und Sterberisiko im Rahmen der COVID-19-Pandemie. Beispiele aus ausgewählten Ländern. WD 9 - 3000 - 051/21. <https://www.bundestag.de/resource/blob/840888/dda99745be1a52b3ddec95d08cb0036/WD-9-051-21-pdf-data.pdf>.